

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 338 · 28. JAHRGANG · AUSGABE 11/2023 VOM 22. NOVEMBER 2023 · 1 EURO

4 | Ortsbeiräte in
allen Ortsteilen

Ein Vorschlag für Eberswalde

7 | »... unter allen Umständen
zu vermeiden«

Traditionen im Umgang mit Bürgern

13 | Frank Hesse – Senftenhütter
Bürgermeister 1990 bis 1993

3. Senftenhütter Erzähl-Café

Friedenstüchtig statt kriegstüchtig

»Kriegstüchtig« müsse das Land werden, forderte Verteidigungsminister BORIS PISTORIUS und meinte damit explizit nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die gesamte Gesellschaft. Er begründet das damit, daß auch die BRD sich bei einem ganz Europa betreffenden Krieg verteidigen können müsse. Dabei verschweigt er, daß es nicht zuletzt die Bundesregierung ist, die die Kriegsgefahr bis hin zu einer nuklearen Eskalation befeuert. Durch massive Aufrüstung, die Militarisierung der Gesellschaft, die Lieferung von Waffen in alle Welt und die Weigerung, Diplomatie und Deeskalation in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen.

Die aktuelle Gewalteskalation im Nahen Osten, die die Gefahr eines mindestens regionalen Flächenbrands in sich birgt, zeigt erneut und dringlich, daß wir eine Kultur des Friedens und der gemeinsamen Sicherheit brauchen. Nicht Angstmache und Kriegstreiberei, sondern weltweite Abrüstung, Entspannungspolitik und politische Friedensregelungen sind das Gebot der Stunde. Aber während im Bundeshaushalt 2024 Militärausgaben in Höhe von 85,5 Milliarden Euro vorgesehen sind, will die Bundesregierung im Gesundheitswesen, in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, bezahlbare Mieten und bei der Unter-

stützung von Armut Betroffener massive Kürzungen vornehmen. Die Sanktionen gegen Rußland, die den Ukrainekrieg nicht beenden konnten, aber die Menschen in der BRD, Europa und im globalen Süden treffen, komplettieren den von der Bundesregierung geführten sozialen Krieg.

Angeichts dieser fatalen Politik und der weltweit steigenden Kriegsgefahr sind wir überzeugt, daß wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen und für eine so dringend benötigte Friedenspolitik einsetzen müssen.

Deshalb ruft die Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder« für den **25. November**, dem Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts, zu einer **bundesweiten Demonstration in Berlin** auf. Beginn ist um **13 Uhr am Brandenburger Tor**.

»Wir treten ein für Verhandlungen und Diplomatie, gegen Waffenexporte und Eskalationspolitik und für Abrüstung. Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Bundesrepublik Deutschland als Teil einer gerechten Weltordnung ohne Krieg, Hunger und Ausbeutung.« heißt es im Aufruf zur Demonstration.

WIEBKE DIEHL, JUTTA KAUSCH-HENKEN, WILLI VAN OOYEN

Baumfrevl in Lichterfelde

Lichterfelde (bbp). »Der teure Amberbaum, der vor Jahren für die gefällte Trauerweide vor den Lichterfelder Kirche als Ersatz gepflanzt wurde, ist wahrscheinlich hinüber«, schrieb der Lichterfelder Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner Anfang Oktober den zuständigen Mitarbeitern des Schorfheider Bauamtes. »Alle Blätter sind verdorrt.«

Seine anfängliche Vermutung, daß die Gemeindeverwaltung versäumt habe, »ab und zu mal zu wässern«, stellte sich dann nach genauerer Prüfung als nicht richtig heraus. »Nach neuesten Erkenntnissen und Überlegungen in der Sache« kam Dr. Steiner zu dem Schluß, daß es nicht an einer unzureichenden Wässerung lag.

»Nach Berücksichtigung aller vorliegenden Indizien spricht nunmehr vieles dafür, daß der Baum bewußt in einer schwerwiegenden Weise geschädigt worden ist. Ich möchte dies näher erläutern: Der Amberbaum wurde im Jahr 2015 gepflanzt und jedes Jahr zeigte er, auch im Sommer, eine vorzügliche Vitalität. Selbst in Trockenzeiten kam es nicht zu Welkeerscheinungen an Blättern. Der Standort schien ebenfalls gut zu sein, denn der Baum hatte einen normalen Zuwachs. In diesen acht Jahren hatte er sich meiner Meinung nach vom Wurzelwerk etabliert, so daß zusätzliche Wassergaben nicht mehr erforderlich waren.

Wenn es sich um einen Trockenschaden gehandelt hätte, dann wäre dies erkennbar gewesen an einzelnen äußeren Blättern, die Welkeerscheinungen gezeigt hätten. Auch Spitzendürre wäre dann ein typisches Merkmal. Da aber sämtliche Blätter der Krone des Baumes bereits im grünen Zustand auf einmal welk geworden und vertrocknet sind, muß wohl von vorsätzlicher Sabotage ausgegangen werden. Wir können jetzt nur das Frühjahr abwarten, ob der Baum noch einmal austreibt, aber die Hoffnung ist gering.«



Dr. Steiner und seine Mitstreiter vom Verein Gemeinsam Lichterfelde e.V. hatten den freien Tag am 3. Oktober genutzt, um in einer »Notaktion« den Amberbaum mit insgesamt 150 Liter Wasser, das sie in Wasserkannistern herantransportierten, zu gießen. (Foto: Gemeinsam Lichterfelde e.V.)

Verbotene Musik

Man kann Künstler unterdrücken, verbieten, einsperren oder ermorden. Die Unterdrücker kommen und gehen, aber die unterdrückte Kunst bleibt! Sie überdauert die Zeit, sie überdauert Bevormundung, sie überdauert Umbrüche. Mit etwas Abstand wird sie immer wieder mit neuen Augen gesehen und mit anderen Ohren gehört.

Ob Pablo Casals, der aus Spanien floh, weil er das Franco-Regime ablehnte, ob Mykola Lysenko, der seine auf Ukrainisch komponierte Oper auf Druck der zaristischen Zensur ins Russische übersetzte, oder Niccolò Paganini, der von der katholischen Kirche verachtet wurde und erst 32 Jahre nach seinem Tod auf einem kirchlichen Friedhof beigesetzt werden durfte - die Köpfe, die so etwas bewirken, ticken immer ähnlich.

Dmitri Schostakowitsch, in der Sowjetunion vor allem nach außen hin immer hochgehalten, mußte sich ständig mit Anfeindungen der Obrigkeit auseinandersetzen, mal schrieb er zu kompliziert, mal zu volksnah (je nachdem, was gerade propagiert wurde). Künstlerische Arbeit war für ihn ein ständiger Balanceakt zwischen kreativem, unabhängigem Schaffen und staats-treuer Anpassung - und gerade in der Stalinzeit konnten Kritik und Anfeindungen lebensgefährlich sein.

Tragisch und viel zu früh endete das Leben des böhmisch-jüdischen Komponisten Erwin Schulhoff in einem nationalsozialistischen Internierungslager. Da seine Musik wegen seiner jüdischen Abstammung als »entartete Kunst« geschmäht und Aufführungen seiner Werke ab 1933 verboten wurden, geriet er lange Zeit in Vergessenheit und wurde erst Ende des 20. Jahrhunderts wiederentdeckt.

Andere konnten nur heimlich komponieren, wie die polnische Geigerin und Komponistin Grazyna Bacewicz, die sich wie ihre Kollegen im von Nazideutschland besetzten Polen mit »Kaffeehausmusik« über Wasser hielt, weil »ernste« Kunst bei Todesstrafe verboten war.

Die Liste ließe sich fortsetzen, an Diktaturen und Gewaltherrschern mangelt es nicht. Glücklicherweise mangelt es auch nicht an Menschen, die versuchen, ihnen zu widerstehen.

So kann dieses ungewöhnliche Konzert nur einige Beispiele geben und auch nur einen begrenzten Kulturraum beleuchten.

Erleben Sie ein ungewöhnliches Konzert, eingebettet in informative Texte zu Leben und Werk der aufgeführten Komponisten.

THORSTEN WIRTH

Sonnabend, den 25. November 2023 ab 19 Uhr
Foyer im Rathaus Panketal, Schönower Str. 105
16341 Panketal, Eintritt: 15 Euro
Solisten: Violinen: Charlotte Templin, Niels Templin, Viola: Friederike Templin, Violoncello: Cornelia Börngen, Klavier: Andrey Tsvetkov
Sprecher: Alexander Bandilla
Musikalische Leitung: Niels Templin

Entwicklungskonzept für Kleingärten

Kleingärten erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Auch in Bernau gewinnen Kleingartenanlagen als grüne Oasen an Bedeutung.

Mit Blick auf die steigende Nachfrage und die wichtige gesellschaftliche Funktion dieser Anlagen hat BVB/Freie Wähler Bernau einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung eingereicht. Ziel ist es, ein Kleingartenentwicklungskonzept für die Stadt zu erarbeiten und somit die langfristige Sicherung und Förderung dieser Naturräume zu gewährleisten.

Kleingärten sind nicht nur Orte der Erholung und Freizeitgestaltung, sondern leisten auch einen wertvollen Beitrag zum Erhalt alter Obst- und Gemüsesorten sowie zur Förderung der ökologischen Vielfalt. Die verschiedensten Blüten von Zierpflanzen, Obst und Gemüse bieten Insekten wie etwa Bienen und Hummeln ein Biotop mitten in der Stadt.

Auch für die wachsende Zahl an Mietern in Mehrfamilienhäusern gewinnen Kleingärten an Bedeutung als erschwingliche Rückzugsorte. Der Generationswechsel, der sich seit der Corona-Pandemie abzeichnet, verstärkt dies.

Der Beschlußvorschlag sieht vor, daß die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Kleingartenvereinen ein umfassendes Kleingartenentwicklungskonzept erarbeitet. Es soll den aktuellen Kleingartenbestand analysieren, den zukünftigen Bedarf prognostizieren und Möglichkeiten der bauplanungsrechtlichen Sicherung von Kleingartenanlagen beleuchten. Zudem sollen Unterstützungsmöglichkeiten für Vereine bei der Beschaffung von Fördermitteln geprüft werden. Die Konzeption soll den Stadtverordneten im ersten Quartal 2024 zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

ANETTE KLUTH

Die Frau hinter Katarina Witt

Eiskunstlauf-Ikone Jutta Müller mit 94 Jahren in Bernau verstorben

Bernau (bbp). Die gebürtige Chemnitzerin JUTTA MÜLLER verstarb in einem Seniorenheim in Bernau bei Berlin. Müller gilt weltweit anerkannt als eine der erfolgreichsten Eiskunstlaufrainerinnen aller Zeiten. Die von ihr Trainierten gewannen insgesamt drei olympische Goldmedaillen, zehn Welt-, 18 Europa- und 42 DDR-Meistertitel.

Jutta Müller begann ihre Trainerkarriere 1955 in der DDR beim SC Karl-Marx-Stadt. Als aktive Eiskunstläuferin hatte sie im Jahr 1949 den Meistertitel im Paarlauf gewonnen. Zu ihren ersten Schützlingen gehörte ihre Tochter GABRIELE SEYFERT, von 1961 bis 1970 Eiskunstlaufmeisterin der DDR. 1967, 1969 und 1970 führte Jutta Müller sie zur Europameisterin. Spektakulär waren 1968 der Gewinn der olympischen Silbermedaille in Grenoble und schließlich die beiden Weltmeistertitel von 1969 und 1970. Mit JAN HOFFMANN (1974 und 1980), ANNETT PÖTZSCH (1978, 1980) und schließlich KATARINA WITT (1984, 1985, 1987, 1988) errang Jutta Müller weitere Weltmeistertitel. Von 1980 bis 1988 errangen ihre Schützlinge Annett Pötzsch und Katarina Witt zudem dreimal in Folge Olympiagold.

Der von ihr trainierte RONNY WINKLER wurde 1990 letzter DDR-Meister sowie 1993 und 1994 Deutscher Meister im Eiskunstlauf der Herren. Ihren letzten großen internationalen Erfolg erlebte Müller 1990 durch den Europameistertitel mit EVELYN GROSSMANN in Leninograd, heute St. Petersburg.

Für ihre Verdienste um den Eiskunstlauf wurde sie 2004 in die Eiskunstlauf-»Hall of Fame« aufgenommen. Vier Jahre später wurde sie Ehrenbürgerin ihrer Heimatstadt Chem-



Das Foto vom April 1982 zeigt Jutta Müller mit vier ihrer erfolgreichsten Schützlinge, die ihr in der Karl-Marx-Städter Eissporthalle zum 25jährigen Trainer-Jubiläum gratulierten und sich herzlich bedankten (v.l.n.r.): Katarina Witt, Jan Hoffmann, ihre Tochter Gaby Seyfert und Annett Pötzsch.

nitz. Ihr letztes Lebensjahr verbrachte sie in der Nähe ihrer Tochter Gaby Seyfert in einer Seniorenresidenz in Bernau.

Katarina Witt erklärte den Erfolg ihrer Trainerin mit den Worten: »Sie hat Talent erkannt und war selbst getrieben, daß man dies nicht vergeudet. Da war sicherlich ein großer Teil eigener Ehrgeiz bei ihr dabei. Aber eben so, daß sie sich verantwortlich fühlte, das Beste gemeinsam mit dem Sportler herauszuholen.«

Silberstreif oder Fata Morgana am Horizont?

Die Oktobersitzung der Stadtverordneten begann mit ziemlich ernsthaften technischen Problemen der Übertragung akustischer und visueller Signale. Als wehre sich die Technik gegen die avisierte Abschaltung des Livestreams.

Als Einwohnerin fragte CHRISTIANE NEU aus der Ringstraße in Finow, ob der Bürgermeister eine außerordentliche Einwohnerversammlung zu den Fragen der Nahversorgung einberufen könnte, weil die Situation durch den Auszug von Kaufland mehr als schlecht sei.

Von Seiten der Stadtverwaltung nahm der Bürgermeister zur ganzen Gemengelage Kaufland/Heidewald im anschließenden Tagesordnungspunkt Stellung. Er könne momentan noch keine Lösung präsentieren, so GÖTZ HERRMANN, aber die Probleme lägen ihm »sehr am Herzen«. Er ging zuerst auf das Heidewaldcenter im Brandenburgischen Viertel ein, das dringend eine Sanierung brauche, um den ganzen zentralen Standort im Viertel zukunftsfähig zu machen und zu erhalten. Zur Zeit laufe ja noch der Rechtsstreit zwischen Netto und den Eigentümern Sanli/Bechtolsheim – solange gibt es noch weiter Verkauf – aber an dessen Ende könnte der Auszug stehen und für den Fall, daß es seitens des Centerbetreibers keinen Ersatz gibt, habe die Stadtverwaltung eine Notfalllösung vorbereitet. Es gebe eine Vereinbarung mit der AWO – einem starken Partner –, in einem ehemaligen Geschäft der Frankfurter Allee 55 einen »Minimarkt« einzurichten, der den mobil eingeschränkten Bürgern zur Verfügung stünde, um die wichtigsten Lebensmittel einzukaufen. Der Stadtverordnete CARSTEN ZINN, der nur eine Hausnummer weiter wohnt, bemängelte die Größe des Ladens und sah die Gefahr von langen Schlangen, was insbesondere im Winter abträglich sei, überhörte aber wohl den eingeschränkten Versorgungsauftrag dieses geplanten Geschäfts. Götz Herrmann informierte über ein Treffen mit SAHIN SANLI mit ihm im August im Rathaus. Dieser versicherte, es gebe schon einen Vertrag mit einem Vollsortimenter, der nach der Sanierung des »Heidewald« einziehen wird, sowie mit einer Drogeriekette und einem »Foodcourt«, was immer das heißen möge.*

Der Stadtverordnete Carsten Zinn wollte nicht an dieses »vorgezogene Weihnachtsmärchen«, wie er es nannte, glauben und warf dem Bürgermeister vor, nur die »Investoren fett machen zu wollen«, während die Interessen der Einwohner weniger wichtig seien. Auf diesen Vorwurf reagierte Götz Herrmann ziemlich ungehalten, die »Welt ist kein Wunschkonzert« und man müsse die Situation abwägen und sich auch für den Erhalt der Ortsteilzentren einsetzen. Angebote für die grüne Wiese hätten sie zur Genüge. Es gebe viele Diskussionen, man mache sich Gedanken und das zu kritisieren sei natürlich sehr leicht. Die Interessen der Bürger seien für das

Rathaus wichtig, aber man müsse auch die Eigentümerseite sehen, die Bürger »nur als Kunden« wahrnehmen würden.

Zum »Kleinen Stern« informierte der Bürgermeister, daß endlich Kontakt bestünde zu LUKE COMER, dem Eigentümer aus Irland, der auch persönlich im Rathaus anwesend war. Der Verlauf des Gesprächs sei überraschend positiv gewesen. Es werde versucht, auch in Zusammenarbeit mit Kaufland, die sonst noch fünf Jahre Mieter wären, zeitnah einen neuen Vollsortimenter nach Finow zu holen. Und zur Frage, wenn's nicht klappen sollte, wies Götz Herrmann darauf hin, es gibt ja noch ein Kaufland in der Stadt, nämlich in der Angermünder Straße, vor dem auch ein Bus halte. Man sei auch in der Prüfung alternativer Standorte für Anbieter, aber die Stadtteilzentren hätten erste Priorität.

Im nächsten Tagungspunkt wurde die Clara-Zetkin-Siedlung nach ausführlicher zustimmender Diskussion fast einstimmig von den anwesenden Stadtverordneten zum eigenständigen Ortsteil der Stadt Eberswalde erklärt, so wie es bei Tornow, Sommerfelde und Spechthausen der Fall ist, die auch eher dörflich geprägt sind. OSKAR DIETTERLE, der in der Clara-Zetkin-Siedlung wohnt, wünschte sich dringend eine Einrichtung zur Kinderbetreuung und wieder einen Bäcker, wie früher, als es auch eine Schule und noch weitere Läden gab. Anschließend dankte er für das Votum.

Weitere Beschlüßvorlagen, die alle mehrheitlich angenommen wurden, waren die Aufstellung nach Baurecht für das »Neue Messegelände«, ein neues Stadtquartier an der Altenhofer Straße, der Prüfauftrag für die Sanierung der Biesenthaler Straße in Finow, einschließlich Zufahrt zum Gewerbegebiet Flughafen, die im Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb zu vollziehen wäre und die Wahlkreiseinteilung für die kommende Kommunalwahl.

Etliche Stadtverordnete waren wieder hybrid von zuhause zugeschaltet, was nach den eingangs genannten Problemen auch gut klappte. Eine kurze Sitzung diesmal. Im nicht-öffentlichen Teil ging es dann um die Strafe für den »Whistleblower« Carsten Zinn, aber das wird wohl später der Vorsitzende Martin Hoeck bekanntgeben ... soweit das überhaupt von Informationswert ist.

J.G. (eberswalder-ansichten.de/blog)

* Als Food-Court bezeichnet man besonders im anglophonen Raum einen Bereich innerhalb eines Gebäudes, in dem es Verkaufsstellen verschiedener eigenständiger Restaurants und Imbisse gibt, jedoch die Sitzplätze in gemeinsam genutzten Sitzgruppen zentral angeordnet sind. (Wikipedia)

Schrittweise in den Krieg

Nun kommen wir doch wohl dem Krieg endlich schrittweise näher!

Erstens mit 100 Milliarden Euro Sondervormögen, wovon die Hälfte in die USA geht (für amerikanisches Fluggerät). Zugleich ruft Verteidigungsminister Pistorius zur »Kriegser-tüchtigung« auf und es wird ein »Veteranentag« eingerichtet. Sinnigerweise eine Woche vor dem Volkstrauertag, an dem dann immer die Überreste der Kriegstoten bei ehrenvoller Musik zu Grabe getragen werden!

Zweitens: Die BRD erhöht die Waffenhilfe für die Ukraine 2024 von 4 auf 8 Milliarden Euro. Wird das bei der Kindergrundsicherung eingespart, die die Familienministerin wollte?

Drittens: Unter Verzicht auf jede Diplomatie fordert Kanzler Scholz gemeinsam mit Selenski den Rückzug russischer Truppen nach Rußland als Vorbedingung für Verhandlungen über das Ende der Sonderoperation, während der ukrainische Oberbefehlshaber einen bevorstehenden Stellungskrieg (wie im Ersten Weltkrieg bei Verdun) prognostiziert und dafür von seinem Präsidenten diszipliniert wird.

Viertens kommt die tollwütigste Idee vom ehemaligen NATO-Generalsekretär Rasmussen aus Dänemark (immer schön weit weg vom Krieg): Die NATO soll die Ukraine jetzt als Mitglied aufnehmen und damit am Tag 2 danach den Kriegsfall mit Rußland bekanntgeben. Die Idee könnte von Selenski stammen, der schon lange die unmittelbare Teilnahme der NATO gegen Rußland fordert. Und das könnte Frau von der Leyen einen Schritt näher an ihren Traumjob, den der NATO-Generalsekretärin bringen (Biden ist dafür!). Dann muß sie sich nicht mit den mickrigen 325.000 Euro jährlich abspeisen lassen. Der Generalsekretärs-posten bringt nämlich 3.000.000 Euro jährlich (steuerfrei) mit eigenem Flieger.

Dann könnte sie mit ihrem charmanten Freund in Kiew Europa in den totalen Krieg führen!

BERND C. SCHUHMANN

Das Letzte...

Die Jammerei ist groß, daß die deutsche Wirtschaft um 0,2 Prozent schrumpft. Deutschland, der kranke Mann Europas. So ein Schwachsinn! Das sind zwei Promille. Stell dir die Zugschraube vor, und davon sind zwei Promille weniger. Immer noch ein Riesenbrocken! Alles nur PR. Jammern auf hohem Niveau war schon immer angesagt. Auch die DDR-Bürger jammerten: »Wir wollen reisen!« Die Krim, Bulgarien, Ungarn, Polen, Tschechien, die Ostsee, das Erzgebirge, der Harz, das Elbsandsteingebirge, Leningrad, Moskau – alles nicht gut genug. Und der sichere Arbeitsplatz? Zählte alles nicht! Wie sagt man so schön? Wenn's dem Esel zu wohl wird, geht er aufs Eis...

FRANK PLISCHKE | 3

Mit dem neuen Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung kam ein weiteres Gebiet mit spezieller Vertretung hinzu. Die vier städtischen Ortsteile Eberswalde 1 und 2 sowie Finow und das Brandenburgische Viertel sind seit den Kommunalwahlen 2014 »Ortsteile ohne Vertretung«. Damals hatten sich zwar jeweils mehrere Kandidaten um das Amt des Ortsvorstehers beworben, allerdings konnte keiner im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit erringen. Im zweiten Wahlgang nahmen dann zu wenige Einwohner ihr Wahlrecht wahr, so daß das Quorum von 15 Prozent der Wahlberechtigten, das laut Kommunalverfassung für alle Einzelwahlen gilt, nicht erreicht wurde. Was für Landrats- und Bürgermeisterwahlen als angemessen angesehen werden kann, führte bei den Ortsvorsteherswahlen dazu, daß trotz des erkennbaren Interesses – es gab in allen Ortsteilen mindestens drei Bewerber – im zweiten Wahlgang das Quorum nicht erreicht wurde. Bei weniger Interesse – bei zwei oder gar nur einem Bewerber – hätten die abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang ausgereicht.

Dieser Mangel in der Kommunalverfassung kann ausgeglichen werden, indem künftig auch in den städtischen Ortsteilen Ortsbeiräte gewählt werden. Denn hier gilt das Verhält-

Ortsbeiräte in allen Ortsteilen

Eberswalde (bbp). Die Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung »Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur« hat für die Dezembersitzung eine Beschlussvorlage eingebracht, mittels der alle Ortsteile der Stadt Eberswalde wieder eine Ortsteilvertretung in Form eines Ortsbeirates erhalten sollen. Aktuell verfügen nur Sommerfelde, Tornow und Spechthausen über Ortsteilvertretungen.

niswahlrecht, wie bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und es reicht aus, wenn im ersten Wahlgang eine Wahlbeteiligung von mehr als 15 Prozent erreicht wird. Das sollte trotz der allgegenwärtigen Wahlmüdigkeit in allen Eberswalder Ortsteilen möglich sein.

Der Beschlussvorschlag lautet:

1. In allen Ortsteilen werden Ortsbeiräte gemäß § 45 Absatz 2 der Brandenburgischen Kommunalverfassung gebildet. Die Ortsbeiräte bestehen in Ortsteilen bis zu 5.000 Einwohner aus 3 Mitgliedern, in Ortsteilen ab 5.001 bis 10.000 Einwohnern aus 5 Mitgliedern, in Ortsteilen ab 10.001 Einwohner aus 7 Mitglieder.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Änderungen der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2024 zur Entscheidung vorzulegen.

Wie der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolgramm in der Sachverhaltsdarstellung darlegt,

sind »die kommunale Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip ... im Grundgesetz der BRD festgeschrieben... Wir sind davon überzeugt, daß die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde die Reife und Kompetenz besitzen, die gebotenen Möglichkeiten verantwortungsvoll und zum Wohle der Stadt Eberswalde im allgemeinen und seiner Einwohnerinnen und Einwohner im besonderen anzuwenden.« Das Prinzip »Demokratie wagen« sei dabei nicht nur ein schöner Spruch, »sondern zunehmend ökonomische Notwendigkeit, um das Funktionieren der kommunalen Selbstverwaltung zu gewährleisten. Aufgrund der allgegenwärtigen Sparzwänge werden viele bisher dezentral vorgehaltene Funktionen der kommunalen Verwaltung zentralisiert. Außenstellen der Stadtverwaltung wurden aufgelöst, die Präsenz in der Fläche kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Umso wichtiger ist das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen.«

Sozialpreis für Hebewerk

Der Hebewerk e.V. ist mit dem URSULA HOPPE SOZIALPREIS 2023 ausgezeichnet worden. Mit diesem Preis wird beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich in der Stadt Eberswalde ausgezeichnet. Der Preis soll das Andenken an Dr. Ursula Hoppe aufrechterhalten, die sich als Kreisjugendärztin unter anderem in hohem Maße für behinderte und chronisch kranke Kinder einsetzte. Der Eberswalder Stadtverordnete KURT FISCHER (SPD) hatte uns im Juni besucht und uns in Folge für den Preis nominiert. Er sagt: »Mit Formaten wie dem Nähstübchen, dem Repair Café oder der offenen Werkstatt schafft der HEBWERK e.V. über praktische Anliegen konkrete Hilfe und einen gesellschaftlichen Begegnungsort. Zudem ist der Verein in seiner bald zehnjährigen Geschichte bei aktuellen Entwicklungen stets als erster mit viel ehrenamtlichem Engagement zur Stelle.«

Unser Vorstandsmitglied Paul war sehr erfreut und etwas ergriffen, wie gut den anwesenden Stadtverordneten und langjährig in der Stadtpolitik engagierten Menschen der Hebewerk e.V. und seine Projekte, Geschichte und prägende Individuen präsent waren. Er habe dort große Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement für eine nachhaltige, offene und lebenswerte Stadt gespürt.

Dieser Preis gilt also allen, die sich in den vergangenen zehn Jahren im Rahmen des Hebewerks engagiert haben. Vielen Dank!

CHRISTOFF GÄBLER

Pflanzaktion mit den »Kleinen Strolchen«



FOTO: ANDREAS STEINER

Am 3. November hat der Dorfverein GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. zusammen mit zehn Kindern der Kita KLEINER STROLCH Zwiebeln von Wildtulpen im Schloßpark Lichterfelde gesteckt. Vor der Pflanzung lösten die Kinder zunächst ein paar Quizfragen über den Herbst und wurden anschließend mit dem Thema »Tulpe« vertraut gemacht. Anhand von Bildern wurde ihnen gezeigt, daß es ganz unterschiedliche Wildtulpensorten gibt, die sich in ihrer Blütenfarbe und -form und auch in Größe und Farbe ihrer Zwiebeln deutlich unterscheiden. Nachdem die Pflanzlöcher ausgehoben wurden, konnten die Kinder die Zwiebeln unter fachlicher Anleitung stecken. Dabei lernten sie, daß es bei den Zwiebeln ein »Oben und Unten« gibt und wie sie richtig in die Erde hinsichtlich Pflanztiefe und -abstand ge-

bracht werden. Zwischendurch gab es für die Kleinen warme Kakao und Kekse. Nach der Stärkung waren dann alle wieder eifrig beim Zwiebelstecken dabei, wobei man ihre Begeisterung spüren konnte.

Die Veranstaltung mit den Kindern der Kita war eine Premiere, hat allen Beteiligten Spaß gemacht und wurde als großer Erfolg gewertet. Im Gespräch mit den beiden Kindergärtnerinnen Elvira Beck und Laura Schumera zeigte sich der Dorfverein zu weiteren Aktionen mit der KITA bereit, um Kinder für die Natur zu interessieren. GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. bedankt sich herzlich bei der Kita KLEINER STROLCH und nicht zuletzt beim toom-Baumarkt Eberswalde, der 80 der insgesamt 200 Tulpenzwiebeln spendete.

ADINA HINNEBERG

Kommunalpolitik ohne Gewissen?

»Die Stadt Eberswalde hat in der Zeit der Corona-Pandemie die rechtlichen Vorgaben von Bund, Land und Landkreis umgesetzt. Für eine 'Aufarbeitung' der von höheren Stellen vorgegebenen Corona-Schutzmaßnahmen dürfte der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde die für eine Befassung notwendige gemeindliche Zuständigkeit fehlen; dies würde vielmehr wohl die dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde gezogenen Grenzen überschreiten.«

Diese Antwort bekamen die Mitstreiter vom RUNDEN TISCH EBERSWALDE Ende März 2023 aus dem Bürgermeisterbüro. Sie fragten zuvor bei der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung, ob eine Aufarbeitung der regionalen Corona-Maßnahmen-Politik durch die Stadt Eberswalde geplant sei. Für eine Aufarbeitung vor Ort fehlt also die gemeindliche Zuständigkeit, genauso wie für die Unterstützung Geschädigter durch die Corona-Impfungen und für das Thematisieren der geplanten Machtergreifung der WHO, daß alle Ungeimpften nun bei letzterer einen ICD-Code erhalten und somit einen dauerhaften Krankheitscode tragen sollen, zeigt die ganze Tragik, in der wir uns bewegen.

Nun möchte man meinen, daß Gesundheit uns alle etwas angeht, denn sie liegt ja in Jedem von uns. Genauso wie Frieden.

Laut Bürgermeisteramt ist der ortsspezifische Bezug auch beim Thema Frieden nicht gegeben. Außer beim Anbringen der ukrainischen Flagge am Rathaus. Denn »Insbesondere in der Anfangszeit des Krieges wurden Geflüchtete aus der Ukraine durch die leicht verständlichen Banner anschaulich nonverbal darauf

hingewiesen, daß ihnen im Rathaus durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ukraine-Stabes sowie die Anlaufstelle Ukraine-Hilfe geholfen wird«, so die Stellungnahme aus dem Amt vom 2. Mai des Jahres.

Am 29. Oktober verkündete der amtierende deutsche Verteidigungsminister: »Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, daß die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.« Ohne ortsspezifischen Bezug, versteht sich!

Unsere örtliche Verwaltung ist bei ganz persönlichen Themen wie Gesundheit und Frieden offensichtlich handlungsunfähig. Immerhin, so muß man gutheißen, wurde auf Druck der Linken am 27. Juni über den durch das BARNIMER BÜNDNIS FÜR FRIEDEN eingebrachten und von 230 Bürgern unterschriebenen Friedensappell an die Bundesregierung in der SVV abgestimmt: 10 dafür, 11 dagegen, 7 Enthaltungen.

Die örtliche Verwaltung ist Befehlsempfängerin und Ausübende bspw. rechtlicher Gesundheitsvorgaben von höheren Stellen. Wie hoch diese Stellen mittlerweile reichen, zeigen uns die Pandemieverträge. In seinem Vortrag am 28. Oktober in Halle, im Rahmen eines Symposiums des NETZWERKS KRITISCHE RICHTER UND STAATSANWÄLTE, erläuterte Philipp Kruse die dauerhaften Auswirkungen auf die verfassungsrechtliche Grundordnung der Mitgliedsstaaten durch die WHO-Reformprojekte zur Pandemiebekämpfung. Dabei stellte er heraus, daß die Behörden bei Pandemien

theoretischen Gestaltungsspielraum hätten, jedoch die Empfehlungen der WHO als rechtsverbindlich annahmen. Solange die Behörden im Rahmen dieser Empfehlungen agierten, sehe das Verfassungsgericht keine Notwendigkeit zum Handeln. Die WORLD HEALTH ALLIANCE, die INTERNATIONAL ASSOCIATION OF LAWYERS FOR HUMAN RIGHTS, der ÄRZTLICHE BERUFSVERBAND HIPPOKRATISCHER EID, die GEMEINWOHLLOBBY, DIEBASIS und viele weitere arbeiten mit Hochdruck daran, daß die Reform durch die WHO nicht gelingt.

Mit welchen kriminellen Machenschaften die Impfstoffe in die Gesellschaft bewegt wurden, sollte mittlerweile jeder verstanden haben. Und vor allem sollten wir verstanden haben, wie diese Pandemiebekämpfung vor Ort wirklich aussehen wird. Unten sitzen obrigkeitshörige Befehlsempfänger und benicken freudig alles, was oben ausgespielt wird.

Da kommen einem finstere Gedanken.

Vielleicht benötigen wir eine Neustrukturierung der kommunalen Selbstverwaltung.

Was können und müssen wir tun, um uns zukünftig gegen diese strukturelle Gewalt, gegen die Eingriffe in unsere Persönlichkeitsrechte zu schützen? Wie können wir unsere Kinder in den Schulen oder Angehörige in Pflegeheimen vor dem nächsten Übergriff bewahren? Wie können wir an das Gewissen der Menschen appellieren?

Diesen und anderen Fragen widmen sich die Teilnehmer am Runden Tisch am Montag, dem 27. November, ab 18 Uhr im BÜRGERBILDUNGSZENTRUM EBERSWALDE. Danach pausiert der RUNDEN TISCH EBERSWALDE.

Dipl.-Soz. HENRIETTE SCHUBERT

Ein Behindertenbeauftragter für Bernau

Bernau (bbp). Schon seit Anfang des Jahres 2023 kämpfen BVB/Freie Wähler und Bündnis90/Grüne in Bernau dafür, in der Stadtverwaltung die Stelle eines Behindertenbeauftragten zu schaffen.

Die Stadtverwaltung hatte lange Zeit die rechtliche Zulässigkeit eines hauptamtlichen Beauftragten bezweifelt, da es in Bernau sowohl einen Seniorenbeirat als auch einen Beirat für Menschen mit Behinderung gibt. Eine Anfrage von PÉTER VIDA im Landtag brachte Klarheit: Das Innenministerium antwortete unmißverständlich, daß die Schaffung eines hauptamtlichen Beauftragten auch bei parallel bestehenden Beiräten schon nach aktueller Rechtslage zulässig ist. Weiterhin hieß es in der Antwort, daß nahezu alle Kommunen über 30.000 Einwohnern über einen solchen Beauftragten verfügen.

»Zum Glück konnte die Verunsicherung angesichts der falschen Rechtsauskunft der Stadt-

verwaltung überwunden werden«, freut sich Péter Vida. »Der hauptamtliche Beauftragte ist ein Dienstleister und Unterstützer der Arbeit der Beiräte. Die Beiräte bestimmen die inhaltliche Richtung, der Beauftragte hilft bei deren Umsetzung mit seinen Ressourcen. So funktioniert es in anderen Bereichen und Orten auch. Genau das wollen wir auch in und für Bernau.«

In einem zweiten Schritt sollen die Beiräte zudem mit einem eigenen Budget, vergleichbar dem des Beirates für Migration und Integration des Landkreises, ausgestattet werden. Der Behinderten- und Seniorenbeauftragte soll die Teilhabe für Menschen mit Behinderung und Senioren gewährleisten und hierzu auf den jeweiligen Bedarf aller Altersgruppen eingehen. Dafür soll der Beauftragte im engen Austausch mit dem Seniorenbeirat, dem Beirat für Menschen mit Behinderung und den Interessenvertretungen, Selbsthilfegruppen und sozialen Akteuren der Stadt stehen.

Offene Holzwerkstatt

Immer mittwochs von 13 bis 17 Uhr bekommt ihr im HEBWERK (Vereinshaus der Eberswalder Wohnungsgenossenschaft, Havelandstr. 17) Hilfe zur Selbsthilfe von unserem gelernten Tischler a.D. Markus. In Eigenarbeit könnt ihr euch zu euren Projekten austauschen, Ideen & Lösungen spinnen und ins konkrete Tun kommen. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt.

Maschinen und Werkzeuge sind vorhanden. Materialien bringt ihr mit. Alles andere ist auf Spendenbasis vorhanden. Verbrauchsmaterialien wie Leim, Schleifpapier, Sägeblätter etc. dürfen trotzdem gerne mitgebracht werden. Zur Absprache meldet ihr euch am besten im Vorfeld per SMS oder WhatsApp direkt bei Markus unter 0163/5132550. Als Inspiration, was man da so machen kann... Alte Schatztruhen reparieren, schick machen, Gold reintun und vergraben...

CHRISTOFF GÄBLER | 5

Hoeck nach Strasbourg



FOTO: MILENA RFADATZ

Falkensee (bbp). Am 21. Oktober fand in Falkensee (Havelland) die Landesvertreterversammlung der FDP Brandenburg zur Nominierung eines Europakandidaten für 2024 statt. Mit 141 von 167 abgegebenen Stimmen wurde der Eberswalder MARTIN HOECK mit 84,4% als Europakandidaten der FDP Brandenburg nominiert. Die Europawahl findet am 9. Juni 2024, gemeinsam mit den Kommunalwahlen, statt.

Laut der verbreiteten Pressemitteilung machte Martin Hoeck deutlich, wie sehr ihm Europa am Herzen liegt. »Ich weiß«, so Martin Hoeck, »daß für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger Europa irgend etwas irgendwo ganz weit weg ist. Und Brüssel wird nur als Bürokratiemonster wahrgenommen. Die EU ist aber so viel mehr als das! Sie ist der Zusammenschluß von 27 Staaten mit 450 Millionen Menschen. Sie ist ein starkes Wirtschafts-, Werte- und« – das dürfte den meisten noch unbekannt sein – »Verteidigungsbündnis«. Trotzdem oder vielleicht auch deshalb sei die Europäische Union »nach wie vor das größte Friedensprojekt unserer europäischen und deutschen Geschichte«, meint Martin Hoeck.

»Ich bin davon überzeugt, daß es sowohl für die Kommunen als auch für das Land Brandenburg selbst wichtig ist, sich europäisch zu vernetzen, sich für die Völkerverständigung und die europäische Integration einzusetzen. Denn am Ende geht es immer um die Bürgerinnen und Bürger, die davon profitieren werden. Und zwar durch mehr Freiheit, mehr Sicherheit und mehr Wohlstand«, so Hoeck weiter.

Zum Abschluß seiner Rede stellte Hoeck klar: »Ein Europa der Verbote, der Bevormundung und der Schulden ist nicht unser Europa. Brüssel muß nicht alles bis ins Kleinste regeln, sondern da stark sein, wo es gebraucht wird. Allen voran beim Schutz der individuellen Rechte und Freiheiten seiner Bürgerinnen und Bürger. Und die EU muß sich für ein Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft stark machen. Dafür braucht es mehr Freihandelsabkommen mit der Welt außerhalb der EU und mehr Bürokratieabbau für die Welt innerhalb der EU!«

SPD-Diskussionsveranstaltung in Eberswalde:

Demokratie unter Druck?

Ostdeutsche Perspektiven in der »Zeitenwende«

»Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine echte Zeitenwende ausgelöst«, heißt es in einer Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke zu einer Diskussionsveranstaltung mit seinem Kollegen Kevin Kühnert, den Zierke als »fachkundigen Spitzenpolitiker« bezeichnet.

Es herrsche wieder Krieg in Europa, so Zierke, wobei er geflissentlich übersieht, daß mit maßgeblicher SPD-Beteiligung schon 1999 ein Angriffskrieg in Europa gegen Serbien stattfand, nachdem bereits seit Anfang der 90er Jahre gerade die BRD ordentlich Öl ins Feuer des jugoslawischen Bürgerkriegs geschüttet hatte. Auch der 2014 in Gang gesetzte Krieg der ukrainischen Maidan-Putschisten gegen die eigene russischsprachige Bevölkerung im Osten des Landes war offenbar kein »Krieg in Europa«.

Laut Zierke »sind Inflation, hohe Energiepreise, eingetrübte Wirtschaftsaussichten, hohe Zahlen von Geflüchteten, die bei uns ankommen, schwierige Haushaltslagen sowie angespannte Situationen bei uns in den Kommunen« Folgen von »Putins Angriffskrieg«, nicht etwa der Sanktions- und Kriegspolitik der Bundesregierung. Aber es gibt ja noch eine Aufgabe: »Zeitgleich stehen wir vor der Jahrhundertaufgabe«, so Zierke, »den Klimawandel zu bewältigen, unsere Wirtschaft klimaneutral umzubauen und dabei unseren Wohlstand und

den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren. Da verwundert es kaum, daß gerade jetzt die Verunsicherung groß ist und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates auf der Probe steht. Unsere Demokratie ist unter Druck geraten – von außen und von innen. Als Ostdeutsche sind wir mit abruptem Wandel vertraut. Viele von uns haben den abstrakten Begriff der Transformation schon einmal hautnah und einschneidend erlebt. Insofern ist unser Blick auf die vielen parallelen Herausforderungen, die wir derzeit erleben, ein besonderer. Gerade jetzt sind auch diese Perspektiven für die Bundespolitik wichtig. Genau darüber möchten wir sprechen und mit Ihnen diskutieren – Seien Sie dabei!«

Die Diskussionsveranstaltung findet am Freitag, dem 24. November, von 16.30 bis 18 Uhr im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio (Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde) statt.

G.M.

Rentensprechstunde

Eberswalde, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 13.12., 10-12 Uhr.

Biesenthal, Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 13.12., 13-15 Uhr.

Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 20.12., 10-15 Uhr.

Nur mit Anmeldung unter 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

EU-Abgeordneter Daniel Freund in Bernau:

Antidemokratische Tendenzen ernst nehmen

»Die Wiederherstellung vieler, durch die bisherige PiS-Regierung systematisch zerstörter rechtstaatlicher und demokratischer Strukturen in Polen wird erhebliche Anstrengungen und Zeit beanspruchen.«

Diese Erwartung äußerte der Europaabgeordnete DANIEL FREUND (Grüne/B90) vor dem Hintergrund widerrechtlicher Entscheidungen beispielsweise im Rechtswesen und der Rechtssprechung, die in den vergangenen acht Jahren in Polen erfolgten. Er wollte anläßlich der Vorführung des Dokumentarfilmes »Polen an der Grenze«, in dem er als einer der Protagonisten zu sehen war, am 12. November in Bernau. Daniel Freund betonte, auf antidemokratische Tendenzen, die in zahlreichen europäischen Ländern und auch in Deutschland zunehmend zu erkennen seien, müsse mit Wachsamkeit und konsequentem Widerstand reagiert werden. Ein Abwarten und Wegschauen berge die Gefahr des Erstarkens der Demokratiegegner. Stattdessen sollten diese gerade im Hinblick auf die zahlrei-

chen Wahlen im kommenden Jahr in Deutschland sehr ernst genommen werden. Für die Verteidigung der Demokratie müsse immer wieder gekämpft werden, sie sei nicht selbstverständlich.

In dem Film wurde Daniel Freund auf der Suche nach verschwundenen EU-Geldern und nach Verbündeten im Einsatz für eine funktionierende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Polen begleitet. Während der Diskussion im Bernauer Treff 23 hob der EU-Politiker die zentrale Rolle der polnischen Frauen in der demokratischen Zivilgesellschaft und für den voraussichtlichen Machtwechsel hervor. Auf diese hatte Barbara Brecht-Hadrascheck, Sprecherin des Regionalverbandes Niederbarnim der Grünen und Moderatorin des Nachmittages, aufgrund der vielen Aktivistinnen im Film hingewiesen. Eingeladen zu der Filmdiskussion hatte der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen.

STEFFI BERNSEE

Verkehrspolitik! Vorsicht! Satire!

Wie kommt man von Groß Schönebeck (Gemeinde Schorfheide) nach Finowfurt (Gemeinde Schorfheide) oder nach Eberswalde (Kreisstadt)?

keine Antwort gibt Johannes Madeja

Kennen Sie Herrn Wissing? Nein? Ich meine den Bundesminister Dr. Volker Wissing, MdB, FDP – so viel Zeit muß sein! Natürlich haben Sie von dem schon mal was gehört! Er ist der Nachfolger der Herren Scheuer und DoBrindt, beide CSU, auf dem gleichen Ministerstuhl. Der Mann ist Chef des BMDV, das heißt Bundesministerium für Digitales und Verkehr. Der Mann darf im Bundestag reden. Er hat geredet. Er hat gesagt, daß er – so viel wie möglich – Verkehr auf die Schiene bringen will.

Will er das wirklich? Er hat nämlich auch gesagt, daß die Straßen und Autobahnen die wichtigsten Verkehrswege sind und – hat er wirklich gesagt – das wird auch so bleiben! Recht hat der Mann! Sehr viel mehr Verkehr auf die Schiene verlagern, das ist gar nicht so einfach. Erstens ist die Bundesbahn, die für den Schienenverkehr in Deutschland verantwortlich ist – allen bisherigen Bundesverkehrsministern »gedankt« – zu einer abgewirtschafteten, heruntergekommenen Einrichtung geworden, über deren Fehlleistungen ganz Deutschland nicht einmal mehr lachen kann. Zweitens wollen die großen Betriebe der mächtigen Konzerne ihre Zulieferungen »just in time« haben, vorzugsweise auf die Viertelstunde genau. Das geht nicht so leicht auf dem Schienen- oder gar auf dem Wasserweg. Deshalb will Herr Wissing weiter viele neue Straßen bauen, so steht es im Bundesverkehrswegeplanausbaugesetz (BVWP).

Leider gibt es – besonders in Deutschland – immer Leute, die über alles meckern müssen. Die sagen hier: Wir brauchen keine neuen Straßen und Autobahnen! Wir müssen vielmehr, das Geld ist knapp, die vorhandenen

Straßen und Autobahnen und vor allem die Brücken instand halten und erneuern. Das mußte Herr Wissing einsehen. Deshalb hat er gesagt, daß er nun gar keine neuen Straßen mehr bauen will – hat er gesagt! Nur noch Umgehungen! Ganz schön schlau, der Mann! Jede neue Straße ist natürlich irgendwie auch immer eine »Umgehung«. Recht hat er. Sein Versprechen, keine neuen Straßen mehr bauen zu wollen, wird er so ganz sicher einhalten.

Wer merkt schon den Betrug? Die Finowfurter und auch ein paar Leute in Eberswalde haben's gemerkt, weil die B 167 neu, Nordvariante, 1. Bauabschnitt, die das BMDV seit 25 Jahren plant, direkt zum Markt in Eberswalde führt. Dumm gelaufen für Herrn Wissing, da kann man auch schlecht was nachbessern. Aber was soll so ein Lamento? Wir Möchtegern-Verkehrsexperten, in Wahrheit natürlich blutige Laien, sollten uns nicht erdreisten, beurteilen zu wollen, was eine Umgehung ist und was nicht! Wir verstehen doch gar nicht, was nachhaltige Mobilitätspläne sind. Wir wissen doch gar nicht, was die Experten im BMDV unter SUMP – Sustainable Urban Mobility Plans verstehen. Schließlich verfügen die Spezialisten über eine Mobilithek, das ist ein Baustein des Mobilitätsdatenökosystems. Das sind Dateien, natürlich alles digitalisiert! Davon haben wir keine Ahnung! Schließlich hat die Bundesverkehrsministerkonferenz (da sitzen alle Landesverkehrsminister drin, allesamt von den politischen Parteien sorgfältig ausgesuchte Spezialisten und Verkehrsexperten!) grünes Licht für eine Politik der gemeinwohlorientierten Infrastrukturgesellschaft gegeben und dem Minister im Oktober diesen

Jahres in Köln folgenden Auftrag erteilt (natürlich höflich als Bitte vorgetragen!):

»Die Verkehrsministerkonferenz bittet den Bund zu prüfen, inwiefern die Mobilithek und der Mobility Data Space (MDS) als Leuchtturmprojekt der Digitalstrategie des Bundes über eine reine Kopplung der Systeme hinausgehend im Einvernehmen mit dem MDS und seinen Gesellschaftern noch enger zusammen gedacht und ggf. betrieben werden können – z.B. durch Rückgriff der Mobilithek auf bereits vorhandene technologische und organisatorische Strukturen des MDS. Aus Sicht der Verkehrsministerkonferenz könnten sich daraus wertvolle Synergieeffekte im Sinne eines kohärenten Mobilitätsdatenökosystems ergeben.«

So weit der leicht verständliche Klartext der Verkehrsministerkonferenz! Alles klar? Oder gibt es etwa noch Fragen? Es dürften nun alle verstanden haben, daß es den Damen und Herren in den Ministerien vorrangig um das Gemeinwohl, also unser aller Wohlergehen geht, so im Großen und Ganzen und natürlich digital!

Wie der Rentner aus Groß Schönebeck, der nicht mehr Auto fährt, weil er nicht mehr darf oder keins hat, seine Frau im Krankenhaus in Eberswalde besuchen kann, das sind nun wahrlich Kleinigkeiten, um die sich ein Minister nicht kümmern muß und kann! Das sind doch nur 25 km! Da gibt es keine Schiene und auch keinen Bus, nicht einmal einen Rufbus! Darum sollte sich mal der Seniorenbeirat kümmern! Kann der das? Wenn nicht, dann kann es vielleicht der Bürgermeister. Ob der zuständig ist und Geld dafür hat? Muß ich das wissen? Nein, das muß ich nicht! Ich muß, nein soll, gläubig und vertrauensvoll wie bisher die zumeist selbsternannten Volksparteien wählen, damit wir unseren tüchtigen Verkehrsminister behalten oder – vorzugsweise – einen noch tüchtigeren Verkehrsminister bekommen. Ich werde drüber nachdenken!

»...unter allen Umständen zu vermeiden«

Traditionen im Umgang mit Bürgerinitiativen (keine Satire!)

(cm). Im Barnimer Kreisarchiv findet sich in den Unterlagen, die dort im Zusammenhang mit dem Bau der Reichsautobahn Berlin-Stettin gesammelt sind, auch ein Rundschreiben des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen Fritz Todt vom 30. November 1933. Der Generalinspektor schrieb folgendes:

Bei den vorbereitenden Untersuchungen über die Linienführung der Reichsautobahnen bemerke ich in letzter Zeit einen Vorgang, der wohl in der früheren Zeit üblich war, der aber in keiner Weise zum nationalsozialistischen Staat paßt. Es ist dies das Hervortreten von Interessenverbänden, die in Versammlungen Entschlüsse abfassen und auf diese Weise auf die Linienführung Einfluß nehmen wollen.

Diese Entwicklung ist unter allen Umständen zu vermeiden. Irgend ein vielköpfiger Verband oder Verein, der mir eine Entschlüsselung zuschickt, ist garnicht in der Lage, die für die Linienführung maßgebenden Gesichtspunkte richtig zu bewerten.

Wenn in einer solchen Versammlung auch eine noch so große Zahl von Anwesenden »hinter der Entschlüsselung steht«, so bin ich mir doch bewußt, daß die Zahl der Anwesenden gänzlich belanglos ist, da doch nur Wenige zu einer gewissenhaften Beurteilung der vorliegenden Fragen in der Lage sind.

Mit der Voruntersuchung der Linienführung sind die Sektionsführer der Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen (GEZU-

VOR) und deren Sachbearbeiter beauftragt. In den meisten Fällen sind diese Herren personengleich mit dem Vorstand der Straßenbauverwaltung. Diese Herren haben mit allen Stellen, besser noch mit allen Persönlichkeiten, deren Kenntnisse und Erfahrungen wertvoll sind, sowie mit den behördlichen Dienststellen die Verbindung aufzunehmen und haben unbefangenen, neutral und sachlich die Linien zu entwerfen...

Die Entscheidung über die Linienführung liegt ausschließlich beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen. Ich habe größtes Interesse zu verhindern, daß die alten liberalistischen Wege wieder gegangen werden und die verantwortliche Arbeit derer, die die Untersuchung zu führen haben, erschwert wird durch unsachliche, in den meisten Fällen nur eigennützige Einnischung von Interessenten. Ich gestatte mir, in diesem Bestreben um Ihre gefl. persönliche Unterstützung zu bitten...

Keine Wahlen

Nach der im wesentlichen mißglückten Gegenoffensive der ukrainischen Armee sowie der Stagnation der russischen Offensive und der Prognose des ukrainischen Oberbefehlshabers und Bandera-Verehrers Saluschny, daß es jetzt zu einem eingefrorenen Stellungskrieg kommen kann, berichten internationale Beobachter des Konfliktes, daß es wegen der im Westen schwindenden »Begeisterung« für die »uneingeschränkte« Unterstützung für die Ukraine-Hilfen zunehmend zu Spannungen in der ukrainischen Führung wegen des Verbots Selenskij's zu Verhandlungen auch zu einer Putinisierung der »Selenskij-Demokratie« kommt. Einer Entwicklung, die es auch bei seinen Vorgängern Juschtschenko, Janukowitsch und Poroschenko jeweils vor ihrem Absturz gab. Diesmal hat Selenskij angekündigt, die im März fälligen Präsidenten-Wahlen nicht stattfinden zu lassen, um zu verhindern, daß ihm in Saluschny und Klitschko Gegenkandidaten erwachsen, die neue, nicht nur militärische Horizonte eröffnen könnten.

Saluschny hat schon einmal mit Rußland verhandelt und wäre als »Banderist« sicher der Liebling der nationalistischen und profaschistischen Kräfte und die halbe Ukraine zu behalten wäre besser, als ein jahrelanger Stellungskrieg gegen einen letztlich unbesiegbaren Gegner. Dies alles trotz der Begeisterung der Frau von der Leyen für die schönegeredeteten »Erfolge« der Ukraine auf dem Weg in die EU.

Welche Erfolge das sind? Nun, da haben wir zunächst die Korruption der Wehrerfassungsämter bei der Erteilung von Ausreisegenehmigungen für »wehruntaugliche« Bürger, die sich für den Krieg von Selenskij und Saluschny nicht sinnlos verheizen lassen wollen oder aber die wiederholte Bereicherung von Militärbeamten bei der Beschaffung von Winterkleidung für ihre Soldaten. Das alles muß Frau von der Leyen ausblenden beim Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte der Ukraine, die anderenfalls die ganze Geldverschwendung der EU in Richtung Ukraine offenbaren würden und sicher nicht geeignet wären, die eigenen Ambitionen auf den NATO-Spitzenposten besonders zu fördern, weil sie geneigt sein könnte, auch als NATO-Chefin das Geld in den sinnlosen Krieg in die Ukraine zu pumpen, um Selenskij's Verbots-Dekret gegen Verhandlungen zu stützen und seinem Wunsch entsprechend die NATO doch noch in seinen Krieg zu zwingen!

Beide sind die größte Gefahr für die weitere Eskalation. Beide müssen dringend entschärft werden! Das Pistorius-Dampfgeplauder von der Kriegsertüchtigung ist dagegen auch am offenen Fenster zu vernachlässigen. Früher war zwar mehr Lametta, aber man mußte auch nicht so lange (80 Jahre) auf den nächsten Krieg warten. **BERND C. SCHUHMAN**

Writing the Nakba – eine Rezension

Ruth Margalit hat unter der Überschrift »Writing the Nakba in Hebrew« (NYRoB, 20. April 2023) eine Rezension über den Roman »Arabesques« von Anton Shammas geschrieben. HARTMUT LINDNER hat einen Ausschnitt daraus für die »Barnimer Bürgerpost« aus dem Englischen übersetzt.:

In einer der bewegendsten Szenen des Romans geht es um den Evakuierungsbefehl für die Bewohner von Fassuta.

Die Tante des Erzählers, die sich große Sorgen wegen des langen vor ihnen liegenden Weges macht, wobei sie nur auf einen ausgehungerten alten Esel als Hilfe zählen können, gerät in Panik. Sie läuft zum Stall und verfütert den gesamten Gerstevorrat der Familie an das Tier.

Da erreicht sie die Nachricht, daß der israelische Kommandeur anständig bestochen und der Befehl widerrufen wurde. Jetzt begreift die Frau, was sie getan hat.

»Die Frau meines Onkels lief zum Stall und nahm einen Stock. Sie ging zurück zu diesem nimmersatten Esel und begann ihn zu schlagen,

erstens aus Wut darüber, daß der Vorrat der Familie an Gerste verschwunden war, zweitens setzte es Schläge aus Wut über sich selbst, weil sie so eilig das Tier für eine Leistung entlohnt hatte, die es nicht erbracht hatte, schließlich schlug sie ihn mit unterdrücktem Schluchzen wegen der Araber und der Juden und der Rebellen und der Soldaten und der Kämpfe und der Flüchtlinge und wegen des mitleidlosen Schicksals und der Armut und weil sie die Nase voll hatte von dem allen und weil sie aufhören wollte ihn zu schlagen, aber mit dem Schlagen nicht aufhören konnte.«

Das palästinensische Trauma von 1948 ist hier in einem einmaligen Bild von einer armen Frau zusammengefaßt, der alles über den Kopf wächst.

Erfolge gegen den Terror

(td). Die israelische Armee vermeldet Erfolge. Innerhalb eines Monats nach dem Hamas-Überfall vom 7. Oktober wurden mindestens 11.000 Hamas-Terroristen getötet, darunter etwa 4.000 bis 5.000 Kinder und 2.600 Frauen.

Sonderschau im Kollwitz

Ab 26. November präsentiert das Berliner Kollwitz-Museum eine Sonderschau in Kooperation mit dem MigrantinnenVerein Berlin e.V. Eröffnung am Vortag um 16.00 Uhr.

NESLIHAN ASLAN

Aktionswochen gegen Antisemitismus

Bernau (pv/bbp). Am zweiten Sonntag im November wurden im Land Brandenburg die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus eröffnet.

Mit einer Festveranstaltung in Bernau erfolgte der Auftakt der Veranstaltungsreihe. Auf Initiative des »Zentrums gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit« mit Unterstützung der Jüdischen Gemeinde kamen rund 100 Vertreter von landes- und bundesweit tätigen Migrantenorganisationen zusammen. Moderiert wurde die zentrale Eröffnungsveranstaltung vom Vorsitzenden des Barnimer Migrationsbeirates PÉTER VIDA, zugleich Landtagsabgeordneter von BVB/Freie Wähler. Die Bundestagsabgeordnete SIMONA KOSS (SPD) und Bürgermeister ANDRÉ STAHL (Die Linke) richteten politische Grußworte an die Anwesenden. Es folgten Schweigeminuten zum Gedenken an die im Holocaust ermordeten Juden. Einen Schwerpunkt bildete die Diskussion zur Verbesserung der jüdisch-muslimischen Beziehungen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates, WERNER RUPRECHT, berichtete von den bundesweiten Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus. So stecke bis heute in vielen kursierenden Verschwörungserzählungen ein antisemitischer Kern. Die Straftaten gegen jüdische Mitbürger steigen, und das nicht erst seit der jüngsten Eskalation im Gaza-Streifen.

Wichtigste Herausforderung sei der Ausbau der Bildungs- und Präventionsarbeit. In diesem Zusammenhang wies Péter Vida auf die Schaffung der Stelle eines Antisemitismusbeauftragten beim Landtag Brandenburg hin, was von allen Teilnehmern begrüßt wurde.

Gastgeberin DIANA SANDLER, die zugleich als Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinden Brandenburg tätig ist, erklärte: »Ich bin stolz auf das friedliche Zusammenleben bei uns in Brandenburg. Unsere Arbeit trägt Früchte und ich möchte sie mit all unseren Kooperationspartnern fortsetzen. Dabei ist es wichtig, daß wir eine stabile Finanzierung bekommen.«

Einen Höhepunkt stellte das interreligiöse Friedensgebet dar. Ein christlicher Pfarrer, ein islamischer Imam und eine jüdische Kantorin beteten gemeinsam für Frieden zwischen den Religionen in der Welt und betonten, daß der aktuelle Konflikt im Nahen Osten neue Wunden aufzureißen droht. Dem könne man nur durch eine beharrliche Arbeit für Versöhnung und Ausgleich begegnen.

Zugleich wurde auch die Kunstaussstellung »LeChaim Brandenburg« eröffnet, die Spuren jüdischen Lebens in der Mark zeigt und zu deren Erkundung aufruft. Für musikalische Umrahmung sorgte das Ensemble Shoshana.

Armenischer Botschafter in Bernau mit emotionalen Worten:

Eine Reise nach Bergkarabach

Mit großem Interesse verfolgten am 27. Oktober rund 60 Besucher, unter ihnen viele Armenier, im katholischen Pfarrhaus Bernau den Reisebericht von Péter Vida zur Region Bergkarabach.

Im Jahr 2019 bereiste Péter Vida Armenien und Bergkarabach und trug nun seine Erlebnisse in Form eines Reiseberichts vor. Bergkarabach liegt zwischen Armenien und Aserbaidschan und ist Brennpunkt eines seit Jahrzehnten schwelenden Konflikts zwischen den beiden Staaten. Ganz aktuell hat die Geschichte der Region eine neue Wendung genommen.

Zehntausende Armenier sind infolge von Vertreibung auf der Flucht. Der Vortrag handelte von den politischen und religiösen Hintergründen dieser tragischen Entwicklung, aber auch von den Besonderheiten der Armenisch-Apostolischen Kirche und von geschichtsträchtigen Orten in Armenien und Bergkarabach. So ist Armenien der erste christliche Staat der Welt und seine Kirche gehört zu den altorientalischen Gemeinden, die sich vor 1.600 Jahren von den anderen christlichen



FOTO: FÖRDERKREIS HERZ-JESU-KIRCHE BERNAU

Konfessionen trennten. Untermalt wurde der Bericht mit authentischen Fotos aus erster Hand des Vor-Ort-Besuches in Bergkarabach. Der Vortrag wurde musikalisch begleitet von

Niels Templin und Marlene Keller aus der Neuen Musikschule Bernau, die Werke der armenischen Folklore aufspielten. Für kulinarische Spezialitäten aus der armenischen Küche sorgte VARSENIK MURADIAN.

Eine besondere Ehre stellte die Teilnahme des armenischen Botschafters, VIKTOR YENGIBARYAN, dar. Der Botschafter hielt ein Grußwort und eine persönliche Ansprache über die derzeitige Situation in Bergkarabach und beantwortete im Anschluß des Vortrages die Fragen der Gäste. Er beeindruckte alle Anwesenden mit ehrlichen und aufrichtigen und zugleich sehr diplomatischen Worten. Die Betroffenheit über die dramatische Lage seiner armenischen Landsleute in Bergkarabach war in seinen Berichten spürbar.

Meine Reise nach Armenien und Bergkarabach im Jahr 2019 war nicht nur historisch und landschaftlich zutiefst beeindruckend, auch die belastende Situation der Armenier, die in Bergkarabach leben, hat mich emotional sehr berührt. Mit meinem Reisebericht hatte ich die Absicht, den interessierten Zuhörern die kulturelle und religiöse Besonderheit und Schönheit Armeniens und Bergkarabachs näherzubringen, aber auch die humanitäre Katastrophe klar vor Augen zu führen. Die Anwesenheit Seiner Exzellenz Herrn Yengibaryan war eine große Ehre und seine persönlichen Berichte eine eindrucksvolle Bereicherung des Abends.

PÉTER VIDA

Stoppt das Morden! Stoppt den Krieg!

»An die Versammlungsteilnehmenden hier auf dem Kurfürstendamm. Beachten Sie die Beschränkungen. Ausrufe, wie 'Stoppt das Morden!', 'Stoppt den Krieg!' und weiterfolgend haben zu unterbleiben.« Ein Video, das Polizeifahrzeuge zeigt, wird mit diesen als »Durchsage der Polizei« bezeichneten und auch so klingenden Worten unterlegt. Woher die Bilder und die Worte stammen, erfährt man nicht. Es könnte vermutet werden, daß

es sich um eine der aktuellen Palästina-Solidaritäts-Veranstaltungen handelt.

Bundesdeutsche Polizei verbietet auf Demonstrationen Ausrufe, wie »Stoppt das Morden« und »Stoppt den Krieg«? Das kann doch nicht sein. Die BRD ist doch ein Rechtsstaat. Hier sind Mord und Krieg als Verbrechen verboten. Das kann nur ein Fake-Video sein. Oder etwa nicht?

THOMAS DÖRFLER

Was ein Einwohner Gazas

bei einem israelischen Luftangriff tun sollte

Schalten Sie in allen Räumen das Licht aus
halten Sie sich in den inneren Räumen des Hauses auf
halten Sie Abstand zu den Fenstern und zum Herd
denken Sie nicht weiter darüber nach, schwarzen Tee zu kochen
halten Sie eine Flasche mit Wasser bereit
groß genug für
die Angst der Kinder
nehmen Sie den Kindergartenrucksack und so weiter
kleine Spielsachen und Ihr ganzes Geld
und die ID-Karten
und die Fotos der verstorbenen Großeltern, Tanten oder Onkel
und die Einladungen zur Hochzeitsfeier der Großeltern
die Sie schon lange aufheben
und falls Sie ein Bauer sein sollten, dann sollten Sie
ein paar Erdbeersamen
in die eine Tasche stecken
und etwas Erde aus dem Balkonblumentopf in die andere
und merken Sie sich genau
welche Zahl da stand
auf der Torte
des letzten Geburtstags.



FOTO: INTERNET

Das letzte Puschkin-Denkmal in Kiew wurde jetzt abgebaut.

Mosab Abu Toha, NYRoB, 11. Mai 2023

Staatshaftung bei Impfschäden

Stuttgart (bbp). Seit September gibt es einen angepassten COVID-19-Impfstoff für die Omikron-Variante XBB.1.5, der von den Ärzten bei den Apotheken bestellt werden kann. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Baden-Württemberg hatte jedoch darauf hingewiesen, daß im Falle eines Impfschadens bei diesem Vakzin die Patienten keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen des Bundesversorgungsgesetzes haben.

Diese sogenannte »Staatshaftung« sei erst dann gegeben, wenn eine Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) des Robert Koch Instituts (RKI) vorliegt. Die KV schrieb den Ärzten, daß sie »diese Impfungen dennoch durchführen« könnten. »Klären Sie in diesem Fall Ihre Patienten vor der Impfung über den fehlenden Anspruch auf Versorgung im Falle eines Impfschadens auf und lassen Sie sich dies per Unterschrift bestätigen.«

Unabhängig von der Staatshaftung gelte aber »für alle zugelassenen COVID-19-Impfstoffe bei indikationsgerechtem Einsatz die Herstellerhaftung«.

Die Finanzierung der Impfstoffe erfolgt weiterhin einheitlich zulasten des Bundesamtes für Soziale Sicherung und nicht über den Sprechstundenbedarf.

Ganzheitliche Ernährung (33)

Migräne ist eine Krankheit, die die Betroffenen sehr stark einschränkt und belastet und gilt bisher als nicht heilbar (siehe Teil 32).

Eine Ernährungsumstellung kann Ihnen dabei helfen, weniger anfällig für Migräne-attacken zu sein.

Bei *Gemüse* steht Ihnen fast die ganze Palette zur Verfügung. Von Brokkoli und anderen Kohlsorten, über Paprika, Rettich, Radieschen, Kohlrabi bis hin zu Salat, Roter Bete und Zwiebeln. Aufpassen sollten Sie bei Tomaten, Sprossen, Pilzen und Sauerkraut. Hier sollten Sie genau beobachten, ob Sie das gut vertragen.

Auch bei *Obst* steht Ihnen eine große Auswahl zur Verfügung. Ob Aprikosen, Kirschen, Melonen, Mango, Kakis oder Heidelbeeren. Greifen Sie ruhig zu. Aber auch Pflaumen, Preiselbeeren, Äpfel, Pfirsiche und Johannisbeeren sind zu empfehlen. Verzichteten sollten Sie hingegen auf überreifes Obst sowie candiertes Trockenobst. Nur bei guter Verträglichkeit sollten Sie Kiwi, Erdbeeren, Birnen und Bananen konsumieren.

Bei *Fetten und Ölen* können Sie ganz nach Herzenslust wählen. Besonders empfehlenswert sind Butter, alle Arten von Nußölen, Leinöl und Rapsöl.

Sie sollten nur frisch gefangene oder tiefgefrorene *Fische* konsumieren. Auf Schalentiere sowie Fischkonserven sollten Sie komplett verzichten.

Zu empfehlen ist frisches oder tiefgekühltes *Geflügel und Fleisch*. Bei Schweinefleisch sollten Sie darauf achten, ob Sie dies gut vertragen. Auf Rohwürste, Leber und gepökelte Fleischwaren, wie Speck oder Kasseler sollten Sie ganz verzichten.

Empfehlenswert sind *Milch*, Buttermilch und Naturjoghurt, ebenso wie Frischkäse und Speisequark. Auf Fruchtzubereitungen wie Fruchtjoghurt oder Fruchtbuttermilch sollten Sie hingegen komplett verzichten. Auch Schmelzkäse, Hartkäse oder Edelschimmelkäse sollten nicht auf Ihrem Speiseplan stehen.

Auch bei *Nüssen* steht Ihnen eine ganze Palette offen. Sowohl Leinsamen als auch Sonnenblumenkerne oder Kürbiskerne sind empfehlenswert. Dagegen sollten Sie bei Haselnüssen oder Walnüssen sorgfältig prüfen, ob diese Ihnen gut bekommen.

Empfehlenswert sind Vollkornprodukte sowie Haferflocken, Quinoa, Hirse und Pellkartoffeln. Auch Brot aus Sauerteig sowie Backwaren ohne Hefe können Sie verzehren. Verzichteten sollten Sie auf alle Arten von Fertigbackmischungen. Auch Weißbrot, Toast und Weizenbrötchen sind nicht zu empfehlen.

Fragen zum Thema? Schreiben Sie an: willkommen@hinneberg.info

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Das Verfeuern von wertvollem Holz

1HEIZ ENERGIE und 1HEIZ PELLETS in Eberswalde

Im Industriegebiet am Binnenhafen in Eberswalde befindet sich das »1Heiz Energie« Holzkraftwerk, Leistung 20 Megawatt Strom, und das angegliederte »1Heiz Pellets« Pelletwerk. Das Kraftwerk verbraucht 100.000 Tonnen Frischholz im Jahr und erzeugt damit 160.000 Megawattstunden Strom. Mit der Abwärme werden im Pelletierwerk Holzspäne aus regionalen Sägewerken und »naturbelassene heimische Holzreste« getrocknet und zu Presslingen verarbeitet.

Im 2023er ROBIN-WOOD-Recherchebericht zum Holzeinsatz in Holzkraftwerken und Pelletwerken in Ost- und Norddeutschland heißt es zum Holzkraftwerk Eberswalde:

»Das Holzkraftwerk existiert seit 2006 und hat eine Geschichte voller Schwierigkeiten: über einem Brand auf dem Gelände, einem Gerichtsstreit wegen 'fehlerhafter Anwendung von Liefervereinbarungen', der unberechtigt zu einem wirtschaftlichen Vorteil von 2,4 Millionen Euro führte, bis zum Insolvenzverfahren.«

Seit Jahren werde das Kraftwerk von kritischen Stimmen begleitet, u.a. auch aus der Wissenschaft, so von Professoren der in Eberswalde ansässigen Hochschule für Nachhaltige Entwicklung.

Wälder stillegen, statt verbrennen!

So schrieben vier Professoren vom Fachbereich Wald und Umwelt in einem 34-seitigen Brief, warum die Frischholzverbrennung im Holzkraftwerk abzulehnen ist: »Im Falle des Eberswalder Holzkraftwerks muß festgestellt werden, daß dessen Betrieb bereits zu einem intensiveren Einschlag auch in wertvollen und geschützten Waldgebieten (z.B. im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin) geführt hat... Wollte der Landkreis Barnim 'seine' Wälder und Holzressourcen im Sinne seiner ... Nullemissionsstrategie effektiv einsetzen, wäre anzuraten, geeignete Waldbesitzer ... finanziell dabei zu unterstützen, Wälder zumindest zeitweise aus der Nutzung zu nehmen, um Kohlenstoff zu speichern.« (Zitiert nach Holzkurier.com, Konflikt um Eberswalder Heizkraftwerk)

Wie sieht es rund ums Holzkraftwerk aus?

Auf dem Kraftwerksgelände befinden sich riesige Polter mit Stammholz. Am Rande der Straße, die rechts am Kraftwerk vorbeiführt, fallen vor allem Polter von Eichenstämmen verschiedener Stärke und Beschaffenheit ins Auge, mit denen man sicher Vernünftigeres als Verfeuern anfangen könnte. Eine räumliche Trennung zwischen Kraftwerk und Pelletierwerk ist nicht festzustellen. So bleibt auch offen, welches Holz zu welchem Betrieb gehört. Die vorhandene Lagerfläche wird in der Robin Wood-Recherche auf circa 36.000 Quadratmeter geschätzt. Auch ROBIN WOOD konnte »neben riesigen Kiefernpoltern (...) auch Ei-



chen-, Birken-, Buchen- und Douglasienstämme sowie einige Fichten, Weiden und Pappeln« identifizieren.

Viele der Eichenstämmen sind ungeschädigt. Manche sind krumm, manche sind zwieselwüchsig, scheinen jedenfalls für Sägewerke uninteressant zu sein. Ungeachtet dessen wären sie für wertvolle Holzprodukte geeignet.

Die Kirche im Dorf und das Holz im Wald lassen

Nochmal aus dem Recherchebericht ROBIN WOOD: »Vor allem aber haben sie (die o.g. Eichenstämmen u.a. - E.W.-R.) im Wald äußerst wichtige Funktionen. Sie beschatten den Waldboden und schützen ihn vor Verdunstung. Und sie stellen nach aktuellem Kenntnisstand der Wissenschaft den wichtigsten epigenetischen Pool dar, den der Wald zu bieten hat. Zu ihrer allgemeinen genetischen Vielfalt bringen sie einen epigenetisch eingeschriebenen Erfahrungsschatz mit.

Vielleicht wuchsen sie krumm, weil sie eine Schädigung mit Rinde überwallten, weil sie besonderen Witterungsverhältnissen ausgesetzt waren oder weil sie sich gegen Insekten verteidigen oder sich mit Pilzen auseinandersetzen mußten. Dieser Erfahrungsschatz bleibt der Nachfolgeneration erhalten und stabilisiert den zukünftigen Wald durch genetische Vielfalt und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit an extreme Bedingungen. Diese Bäume bei der Durchforstung als Routinemaßnahme mit zu entnehmen und dann in den Ofen zu schieben, offenbart ein Mißverhältnis zwischen dem Ökosystem Wald und dem ihn angeblich nachhaltig nutzenden Menschen. Gerade mit Blick auf den Klimawandel und den häufigeren Extremwetterlagen muß sich diese Bewirtschaftungspraxis ändern«.

Holz für eine Technologie zu verschwenden, die mindestens eben so viel CO₂ emittiert wie die fossile Energieproduktion, hat mit einer »Energiewende« nichts zu tun.

ERNST WAGNER-ROTT

(Der Beitrag erschien zuerst im »Boitzenburger Landboten« Nr. 15 vom November 2023, Informationsblatt der Bürgerinitiative Eselschütt für das Boitzenburger Land und Umgebung. Mit freundlicher Genehmigung.

Internet: www.bi-eselschuet.de, www.facebook.com/BIESelschuet, eMail: info@bi-eselschuet.de)

Schorfheidebahn RB63 (Joachimsthal-Templin):

Daß wieder Züge fahren

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Brandenburg hat dafür gesorgt, daß eine Untersuchung zur Reaktivierung der Schorfheidebahn RB63 im Landesverkehrsplan für die nächsten Jahre vorkommt.

Damit der Bund die Sanierungskosten übernimmt, muß eine sogenannte Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU), genauer die standardisierte Bewertung nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), durchgeführt werden und einen Kosten-Nutzen-Faktor größer als 1 nachweisen. Im Jahr 2022 konnten wir durchsetzen, daß für die Ausarbeitung der NKU Gelder im Doppelhaushalt 2023/24 bereitstehen. Anlässlich meiner mündlichen Anfrage informierte der Landesverkehrsminister GUIDO BEERMANN (CDU) im Oktober über den aktuellen Stand dieser NKU. Daß zwischen Templin Stadt und Joachimsthal wieder Züge fahren, ist unser erklärtes Ziel! Die Schiene als

Rückgrat des ÖPNV ist auch im ländlichen Raum unsere Priorität. Güter gehören, wo das möglich ist, auf die Schiene.

Für mich steht fest, daß es bei der anstehenden Nutzen-Kosten-Untersuchung nicht nur um das Teilstück zwischen Templin Stadt und Joachimsthal gehen darf. Die komplette Querverbindung zwischen Eberswalde (RE3) und Löwenberg (RE5) muß in den Blick genommen werden. Es geht um den Lückenschluß und nicht nur um die Lücke. Darüber hinaus müssen bei der Bewertung auch die Potentiale für den Güterverkehr berücksichtigt werden. Mobilität begreifen wir als Teil der Daseinsvorsorge. Ein gutes Mobilitätsangebot ist für uns ganz klar Teil des Versprechens der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

CARLA KNIESTEDT,

Fraktion B90/Grüne im Landtag Brandenburg

Lastenfahrräder nur Nischenlösung

Bernau (bvb). Seit nunmehr drei Jahren fördert die Landesregierung Brandenburg Lastenfahrräder. Bis zu 2.500 Euro können sich Kommunen, Vereine oder Unternehmer pro Lastenrad erstatten lassen.

Auch Lastenfahrräder mit elektrischem Zusatzmotor werden gefördert. Diese erhalten sogar eine Förderung von bis zu 4.000 Euro. Normalerweise beträgt die Förderung 50 Prozent der Kosten, für öffentlich kostenlos nutzbare Leihräder sind es sogar 80 Prozent. Eine üppige Förderung also. Angesichts der hohen Kosten für Diesel und Benzin dürften also die meisten, die ein Lastenrad als zweckmäßige Option sehen, inzwischen von der Förderung Gebrauch gemacht haben.

Doch wie eine Kleine Anfrage von CHRISTINE WERNICKE (BVB/Freie Wähler) im Landtag Brandenburg zeigt, ist die Zahl der Anträge auf Förderung überschaubar. Und die Nachfrage schrumpft sogar. 2021 wurden landesweit 442.790 Euro Förderung für Lastenfahrräder ausgezahlt, 2022 waren es noch 418.946 Euro. 2023 waren es bis August gerade einmal 33.807 Euro. In jedem Jahr blieb die Förderung weit hinter den geplanten Summen zurück. Regional gab es gewaltige Unterschiede. Die Förderanträge stammten disproportional aus dicht besiedelten, städtischen Regionen. Rund ein Drittel der 501 Anträge in Brandenburg kam allein aus der Landeshauptstadt Potsdam und aus Potsdam-Mittelmark. Im gesamten Barnim gab es 2021 und 2022 hingegen nur 29 Anträge auf Förderung. 2023 waren es bis August sogar nur zwei Anträge. Für den Barnimer Landtagsabgeordneten Péter

Vida sind die Schlußfolgerungen klar: »Lastenfahrräder erweisen sich im Barnim trotz erheblicher Förderung nur als Nischenlösung. Viele Handwerker müssen bei Wind und Wetter täglich hunderte Kilogramm Ersatzteile und Werkzeuge über dutzende Kilometer mit sich führen. Logistiker müssen Läden mit Tonnen an Gütern und Lebensmitteln versorgen – teilweise sogar mit Kühlung. LKWs und Kleintransporter bleiben daher für Handwerk und Warentransport weiter unverzichtbar – ebenso wie gut ausgebaute Straßen... Man muß Realitätssinn vor Wunschdenken stellen.«

Ursachen der Zerstörung

Eberswalde (bbp). Nina Treu ist Sonderbeauftragte für »Wirtschaft & Gesellschaft« bei Greenpeace Deutschland. Im Rahmen ihrer Vortragstour kam sie am 21. November auf Einladung der örtlichen Greenpeace-Gruppe nach Eberswalde.

»Wir brauchen eine Wirtschaft, die die Lebensgrundlagen erhält und soziale Gerechtigkeit herstellt«, so die Greenpeace-Gruppe Eberswalde. »Um die Klimakrise einzudämmen, hat sich die Weltgemeinschaft 2015 bei der Klimakonferenz in Paris darauf geeinigt, das 1,5-Grad-Limit einzuhalten. Leider sind wir noch weit davon entfernt, dieses Ziel einzuhalten. Doch woran liegt das? Wo liegen die Verbindungen zu sozialen und demokratischen Problemen? Wir benötigen Antworten auf die vielen Krisen. Um die Ursachen der Zerstörung anzugehen, ist ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft notwendig.«

Thema Schallschutz

Bernau (bvb). Die Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler hat die Erarbeitung eines Lärmaktionsplans für Bernau beantragt. Darin sollen die bisher festgehaltenen Maßnahmen zur Lärmreduzierung entlang der Autobahn A11 an die Ergebnisse der neuen Lärmkartierung des Landesamtes für Umwelt (LfU) angepaßt werden. Die bisher empfohlenen Maßnahmen zum aktiven Schallschutz, wie Schallschutzwände, lärmindernde Straßenbeläge oder Geschwindigkeitsbegrenzungen, sowie neue Lösungsansätze sollen dabei verfolgt werden.

Das LfU hat 2022 eine aktuelle Lärmkartierung für ganz Brandenburg erstellt. Diese enthält eindeutige Angaben über die lärmbelasteten Flächen im Bernauer Stadtgebiet und in den Ortsteilen. Die Lärm Brennpunkte liegen entlang der Autobahn A11. Außerdem stellt die Lärmkartierung dar, daß inzwischen mehr als 2.000 Bernauer Bürger mit gesundheitlichen Einschränkungen wegen Lärmbelastungen wie Schlafstörungen und Durchblutungsstörungen rechnen müssen. Auch eine Straßenverkehrszählung der Bundesanstalt für Straßenwesen aus dem Jahr 2021 belegt, daß die Verkehrsbelastung auf der A11 in den letzten 10 Jahren um 25 Prozent gestiegen ist.

Jan Bernatzki, Ortsvorsteher von Waldfrieden: »Die Verkehrsmengen auf der A11 erhöhen sich immer weiter. Noch dazu gibt es zwischen dem Autobahndreieck Barnim und der Anschlußstelle Wandlitz kein Tempolimit. Insbesondere in den Nachtzeiten ist der Lärm besonders unerträglich geworden. Gleichzeitig wurden aber in den letzten zehn Jahren keine der Handlungsempfehlungen aus der Maßnahmenplanung der bisherigen Lärmaktionsplanung umgesetzt. Die Beseitigung der Lärm Brennpunkte entlang der A11 ist für den Gesundheitsschutz unserer Bürger dringend geboten.«

Die Fraktion BVB/Freie Wähler Bernau forderte bereits mehrfach Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der A11, die Verlängerung und Erhöhung der Schallschutzwände, Verkehrszählungen und Schallmessungen. 2021 sammelte BVB/Freie Wähler 1.222 Unterschriften von Bernauer Bürgern für mehr Schallschutz. Der Stadtverordnete Péter Vida sagt: »Der Stillstand bei der Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen ist nicht nur unbefriedigend, sondern schadet auch der Gesundheit vieler Bernauer Bürger. Wir regen mit unserem Antrag auch einen regelmäßigen Austausch seitens der Stadtverwaltung mit dem Landesamt für Umwelt an. Die Höhe und Länge der Lärmschutzwände stehen in einem krassen Mißverhältnis zur Nähe der Wohnbebauung und der zunehmenden Verkehrsmenge auf der A11. Für uns steht fest, daß die Gesundheit der Bernauer Bürger nicht verhandelbar ist und wir uns konsequent weiter für Verbesserungen des Schallschutzes einsetzen werden.«

Die tiefe Erschütterung durch die »barbarischen, terroristischen Akte der Hamas gegenüber Zivilisten«, die, das betont Barenboim, »durch nichts zu rechtfertigen« sind, ruft in ihm nicht den üblichen Reflex, Rache und Vergeltung zu fordern, hervor, sondern läßt ihn innehalten.

Das unterscheidet ihn von den »politisch Verantwortlichen in Israel«, die angesichts des Grauens nur die Erwartungen ihrer rechtsradikalen Wähler bedienen, indem sie markige Sprüche vom »Preis« den die Hamas zu zahlen habe (Netanjahu) und schlimmere Drohungen ausstoßen, die Likud-Abgeordnete Revital Gotlif redet in ihren Netzwerken sogar dem Einsatz von Atomwaffen das Wort (SZ, 14./15.10.2023, S. 4), während die israelische Luftwaffe damit beginnt, mehr als 800 Einsätze gegen Ziele in Gaza zu fliegen.

Für Barenboim stellt sich die Frage, »ergeben wir uns dieser furchtbaren Gewalt und lassen wir unser Streben nach Frieden sterben – oder beharren wir weiter darauf, daß es Frieden geben muß und geben kann?«

Mit Blick auf seine Erfahrungen als Begründer und Leiter des West-Eastern-Diván-Orchestra und der Barenboim-Said-Akademie, deren Mitglieder fast alle in der Region leben, hält er fest, »daß es nur eine Lösung dieses Konflikts

Daniel Barenboim: 1942 in Buenos Aires geboren, Pianist und Dirigent, Träger vieler Auszeichnungen für sein Schaffen, gründete 1999 das West-Eastern-Diván-Orchestra, in dem israelische und arabische Jugendlichen gemeinsam musizieren.

Barenboim hat viele international bedeutende Orchester dirigiert und war 30 Jahre lang Künstlerischer Leiter und Generalmusikdirektor der Staatsoper Berlin Unter den Linden.

Er hat die israelische und palästinensische Staatsbürgerschaft, eine Seltenheit.

Barenboims Friedensbotschaft

*Inmitten des Kriegsgeschreis ein Aufruf zum Frieden**

geben kann: auf der Grundlage von Humanismus, Gerechtigkeit und Gleichheit – und ohne Waffengewalt und Besatzung... Unsere Friedensbotschaft muß lauter sein denn je. Die größte Gefahr ist doch, daß alle Menschen, die sich so sehnlichst Frieden wünschen, von Extremismus und Gewalt übertönt werden... Menschlichkeit ist universell, und die Anerkennung dieser Wahrheit auf beiden Seiten ist der einzige Weg. Das Leiden unschuldiger Menschen auf egal welcher Seite ist absolut unerträglich.«

Er schiebt nicht die »Bilder der verheerenden terroristischen Angriffe der Hamas« aus dem Blickfeld, denn Empathie, »die Bereitschaft die Situation der Anderen nachzufühlen ist essenziell.« Verzweiflung und Wut angesichts des Geschehens sind zuzulassen, aber wenn dies dazu führt, »daß wir einander die Menschlichkeit absprechen, sind wir verloren.«

Barenboim hat ein klares Verständnis vom israelisch-palästinensischen Konflikt, der eben kein Konflikt zwischen zwei Staaten um den Zugang zu Ressourcen ist, sondern es ist »ein zutiefst menschlicher Konflikt zwischen zwei Völkern, die Leid und Verfolgung kennen. Die Verfolgung des jüdischen Volkes über 20 Jahrhunderte fand ihren Höhepunkt in der Ideologie der Nazis, die sechs Millionen Juden ermordeten. Das jüdische Volk hegte einen Traum; ein eigenes Land, eine Heimat für alle Juden im heutigen Gebiet Palästina.

Aus diesem Traum aber folgte eine zutiefst problematische, weil grundfalsche Annahme: Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land.«

Er verweist darauf, daß der Anteil der jüdischen Bevölkerung während des Ersten Welt-

kriegs in Palästina bei nur 9 Prozent lag. 91 Prozent der Bevölkerung waren palästinensisch, eine über Jahrhunderte gewachsenen Population. Die Rede vom »Land ohne Volk« war falsch und es gab für die Palästinenser keinen Grund ihr Land aufzugeben. Damit war der Konflikt unvermeidlich und er habe sich über die Generationen ständig verhärtet.

»Die Israelis werden dann Sicherheit haben, wenn die Palästinenser Hoffnung spüren können, also Gerechtigkeit. Beide Seiten müssen ihre Feinde als Menschen erkennen und verstehen, ihre Sichtweise, ihren Schmerz und ihre Not nachzuempfinden. Israelis müssen auch akzeptieren, daß die Besetzung Palästinas damit nicht zu vereinbaren ist.«

Barenboims Zuversicht, daß Frieden möglich ist, speist sich aus seiner persönlichen Erfahrung, die er mit dem 1999 gegründeten West-Eastern-Diván-Orchestra, das jeweils zur Hälfte aus israelischen und arabischen Mitgliedern besteht, gemacht hat. Im gemeinsamen Musizieren haben die Mitglieder gelernt, »einander besser zu verstehen, auf einander zuzugehen und Gemeinsamkeiten in unsere Menschlichkeit und in der Musik zu finden«.

Barenboim weiß, daß viele seinen Standpunkt für naiv halten, aber seine Erfahrung hat ihn in seiner Überzeugung bestärkt, weil »diese Botschaft viele Menschen in der Region und auf der ganzen Welt erreicht hat«.

Zusammenfassung von HARTMUT LINDNER

*Barenboims Friedensbotschaft wurde in der Wochenendausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 14./15. Oktober 2023 im Feuilleton veröffentlicht.

Trotz der Einschränkungen beteiligten sich Freundschaftsmitglieder an diversen Veranstaltungen, wie dem Pilotengedenken im April, dem Tag der Befreiung am 8. Mai oder dem Weltfriedenstag am 1. September. Manche Freunde konnten betreut, unterstützt werden oder erhielten Hilfe in den schwersten Stunden ihres Lebens. »Für all diese Freundschaft, Hilfe und Verständnis«, so der Ortsgruppenvorsitzende Karl Diedrich, »möchten wir all den Fleißigen unseren herzlichen Dank aussprechen«.

Im September traf sich nach längerer Pause der Ortsvorstand, um nun langsam wieder den selbst gestellten Aufgaben und Zielen nachzugehen. Heraus kam ein Arbeitsplan für die restlichen Monate des Jahres 2023.

Eine für Mitte November avisierte Veranstaltung konnte leider nicht wie geplant stattfinden. Maria Benditz wollte auf diesem Freundschaftstreffen ihre jüngsten Gedichte vorstellen. Dies kann sie nun leider nicht

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft Eberswalde:

Plan bis zum Jahresende

Eberswalde (bbp). Die Aktivitäten der Eberswalder Ortsgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft waren in den vergangenen Monaten infolge »Corona, Autounfälle, Erkrankungen und persönliche Betroffenheiten« stark eingeschränkt.

mehr selber tun, da sie am 28. September, zwei Monate vor ihrem 94. Geburtstag, verstorben ist (auf Seite 15 finden Sie ein Gedicht ihrer Enkelin, die damit sehr emotional an ihre Oma erinnert).

Wie Karl Diedrich informierte, soll nunmehr eine spezielle Gedenkveranstaltung für die Senioren-Versichterin organisiert werden, bei der ihre Gedichte eine wichtige Rolle spielen sollen. Das Datum steht aktuell noch nicht fest.

Am 30. November gibt es aber erst einmal im »Café am Weidendamm« (Eberswalde, Schicklerstraße 28) den ursprünglich schon im Oktober vorgesehenen Vortrag über eine

Reise in die Mongolei. Beginn ist um 14 Uhr.

Das Freundschaftstreffen am 14. Dezember, ebenfalls im »Café am Weidendamm«, wird traditionell dazu dienen, auf das Jahr 2023 zurückzublicken. Die Mitglieder sind aufgerufen, sich hier auch mit eigenen Beiträgen einzubringen. Außerdem werden die Geburtstagskinder des vierten Quartals bei Kaffee und Kuchen gefeiert. Beginn ist um 15 Uhr.

Außerhalb dieses Rahmens gab es am 2. November in Berlin noch einen Erfahrungsaustausch mit Partnern vom Koreaverband. Über die Ergebnisse wird der Vorstand auf dem Freundschaftstreffen am 30. November berichten.

3. Senftenhütter Erzählcafé

Frank Hesse – der Senftenhütter Bürgermeister 1990 bis 1993



FOTO: SUSANNE PATZOLD

Er sei ein »Zugezogener«, was nur halb stimmte, denn seine Mutter stammte bereits von hier, kehrte aber der ärmlichen und von vieler Arbeit gezeichneten Heimat den Rücken gen Eberswalde, wo auch unser Gast aufwuchs. Die Ferien verbrachte er jedoch stetig bei der Oma in dem kleinen Walddorf. So verlor er nie seine Wurzeln und nutzte 1984 die Chance, ein Haus zu erstehen.

Es war viel los damals im Dorf, jedes Wochenende war Disko. Man hörte »Dadideldumm, der Kommissar geht um« und Nena – Neue Deutsche Welle war angesagt. Frank Hesse faßte Fuß, nahm Arbeit an als Betriebschlosser in der neuen Milchviehanlage im Nachbarort Golzow. Man drängte ihn »als Guten« zum Eintritt in die SED, doch er wich auf die DBD aus (Demokratische Bauernpartei Deutschlands). Ruckzuck wurde er im Kuhstall bei Cognac und Kaffee zum Bürgermeisterkandidaten gekürt und dann tatsächlich im Mai 1990 gewählt.

Es begann eine aufregende und ereignisreiche Zeit. Nahezu täglich flatterten neue Gesetze der Volkskammer ins Büro, die abstrakt wirkten und für die sich darstellenden Dorfprobleme nicht griffig waren. Er suchte nach seiner Strategie, ging im Dorf spazieren, sprach mit den Bürgern und bekam so einen Überblick über die drängendsten Probleme.

Zugleich entließen die Forst, die LPG und die benachbarte Kiesgrube die ersten Arbeitskräfte. Zu dieser Zeit hielt ein Schwabe im

Kriegsopferhilfe

Der 66. Transport der Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V. mit Hilfsgütern ist erfolgreich im Donbass angekommen. Danke an alle, die wieder gespendet haben! Vor allem in der kalten Jahreszeit werden die Hilfsgüter dringend benötigt.

Wer uns unterstützen möchte: Paypal: friedensbruecke@gmx.de. Deutsche Bankverbindung auf Anfrage (fbko.org).

LIANE KILINC

Zum 3. Erzählcafé des Kultur- und Bildungsvereins Senftenhütte am 21. Oktober war Frank Hesse zu Gast. Der letzte hauptamtliche Bürgermeister des Dorfes berichtete aus der bewegten Wendezeit. An seiner Seite Dr. Thomas Pätzold und Dr. Nico Conrad.

Auftrag des Arbeitsamtes auf der Versammlung der Bürgermeister des Kreises einen Vortrag über ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme). Frank Hesse hörte zu, lud den Schwaben ein. Der Mann war begeistert: »Du hast ja ein schönes Dorf, das sieht ja aus wie eine Filmkulisse für den 2. Weltkrieg!«. Der Bürgermeister ließ sich beraten. Arbeitslose Dorfbewohner und die marode dörfliche Infrastruktur? Das ließ sich in den ABM doch gut zusammenführen! Seine To-Do-Liste im Kopf sorgte er für die allerersten, das Dorf merklich verschönernden, ABM-Projekte im gesamten Altkreis Eberswalde.

Auf diese Weise reaktivierte er auch den seit vielen Jahren brachliegenden Festplatz. Als eine Kulturpflegezuwendung in Höhe von 400 DM ins Haus flatterte, hatte er die Idee für ein Dorffest. Bei den Gemeindevertretern überwog die Skepsis: Der Platz liegt zu weit außerhalb, da geht keiner hin; was ist, wenn es regnet?! Frank Hesse ließ sich nicht beirren. Das Märkische Konzertorchester wurde bereits zu 10 Uhr zum Frühschoppen eingeladen, spielte auch nachmittags noch zum Kaffeetrinken, bis abends nach dem Wildschweinbraten der DJ übernahm und bei gesicherter Finanzierung aufgrund von zahlreichen verkauften Eintrittskarten das Bier zu schmecken begann. Unwiderrprochen durch die anwesenden Zeitzeugen läßt sich behaupten, daß Frank Hesse bereits 1991 die Kultur der sich bis heute überregional ungebrochenen Zuspruchs erfreuenden Senftenhütter Dorffeste wiederlebte.

Wir haben ihm gerne gelauscht und denken bei den nächsten Dorffesten wohl ganz besonders an die Tatkraft und den Wagemut des Bürgermeisters aus dem Jahr 1991. Der Kultur- und Bildungsverein Senftenhütte e.V. freut sich sehr über weitere Gesprächspartner für sein Erzählcafé, um die Dorfgeschichte nicht nur für Zugezogene nacherlebbar zu machen und zu dokumentieren.

Dr. NICO CONRAD,

Kultur- und Bildungsverein Senftenhütte e.V.

Rund ums Thema Bienen

Eberswalde (kd). Am Dienstag, 28. November, gibt es in der Schicklerstraße 5 (HNEE, Haus 1, Raum 01.011) von 18 bis 20 Uhr einen Vortrag rund ums Thema Bienen. Veranstalter sind das Forschungszentrum »Nachhaltigkeit – Transformation – Transfer« der HNEE und die Kreisvolkshochschule Barnim.

Nachhaltigkeitsaspekte lassen sich gut am Beispiel der Bienen zeigen – sie sind nämlich sogenannte Ökosystemdienstleister. Im Vortrag gibt es neben einer Übersicht über Bienen, zu denen neben den Honigbienen noch unzählige Wildbienen gehören, Bezüge zur bienenkundlichen immerlichen Lehre an der HNEE und Beispiele, was für Bienen im Landkreis Barnim getan werden kann.

Referent ist Prof. Dr. Ulrich Schulz (Professur für Angewandte Tierökologie und Zoologie). Die Teilnahme ist kostenfrei.

www.barnimer-buergerpost.de

Repair Café

An jedem Donnerstag (außer in den Ferien) bietet der Hebewerk e.V. in der Thinkfarm Eberswalde (Eisenbahnstraße 92/93) von 16 bis 18 Uhr für euch eine ehrenamtliche Möglichkeit, kaputte Haushaltsgeräte oder Werkzeuge unter Anleitung wieder in Gang zu setzen und zu reparieren.

Das kaputte Ding am Besten gleich auf die Arbeit oder zur Uni mitnehmen und nachmittags vorbeikommen. Du tust damit aktiv etwas gegen die allgegenwärtige Wegwerfmentalität und sparst auch noch Geld...

CHRISTOFF GÄBLER

Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung: Einwohnerversammlung

Eberswalde (prest-ew). Seit dem 18. November 2023 ist die Eberswalder Clara-Zetkin-Siedlung ein eigener Ortsteil. Bislang gehörte sie formell zum Ortsteil Finow.

Damit wird es nun eine der jährlich stattfindenden Einwohnerversammlungen des Bürgermeisters in der Siedlung geben. Für das laufende Jahr ist diese für Sonnabend, den 25. November, um 15 Uhr, in den Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr der Clara-Zetkin-Siedlung in der John-Schehr-Straße geplant. Alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner sind dazu herzlich eingeladen.

Am 24. Oktober hatte die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung der 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde zugestimmt und damit die Clara-Zetkin-Siedlung zu einem eigenen Ortsteil gemacht. Somit verfügt die Stadt Eberswalde nun über insgesamt acht Ortsteile.

Werneuchener Geschichtsblätter:

Von der Kanzel zur Feder

Vorgefühl, Rettung, Verwesung – Ein Blick auf das Leben und Werk des Werneuchener Dichterpfarrers Friedrich Wilhelm August Schmidt. Das EUROPÄISCHE INSTITUT FÜR POLITIK, REGIONAL- UND ZEITGESCHICHTE E.V. veröffentlicht ab sofort in Zusammenarbeit mit dem »Findling Verlag« den ersten Band der WERNEUCHENER GESCHICHTSBLÄTTER. Diese Schriftenreihe zielt darauf ab, die regionale und überregionale Bedeutung von Persönlichkeiten in kleinen, ländlich geprägten Orten in und um Brandenburg zu dokumentieren.



FOTO: SABINE BÜTTNER

Der Dichterpfarrer Friedrich Wilhelm August Schmidt, der als »Schmidt von Werneuchen« bekannt war und zu Lebzeiten besondere Wertschätzung erfuhr, steht im Mittelpunkt dieses ersten Bandes. Dieser enthält Werke aus dem verstreuten Schrifttum des Dichterpfarrers, darunter einige bisher unveröffentlichte Gedichte. Diese Gedichte handeln von Themen wie Sterben, Tod und dem Andenken an geliebte Angehörige. Auf persönliche Weise beschreiben sie die Vergänglichkeit des Lebens und die Sehnsucht nach dem Jenseits. Es wird angenommen, daß Pfarrer Schmidt viele dieser Gedichte in seine Grabreden einbezog oder eigens für Beerdigungen verfaßte. Sie gewähren Einblicke in sein Leben und Wirken und verdeutlichen die enge Verbindung zwischen seiner Dichtkunst und seiner Arbeit als Pfarrer.

Neben den bisher unveröffentlichten Werken und einer Predigt von Dichterpfarrer Friedrich Wilhelm August Schmidt beinhaltet der Band Beiträge von Burkhard Horn und Hinrich Enderlein sowie einen Bericht des Historikers und »Schmidt-Forschers« Dr. LIC. THOMAS RAVEAUX. Illustriert wird das Büchlein von MARTINA WEIHER vom Kunsthaus Weiher Werneuchen.

Die erste Ausgabe der »Werneuchener Geschichtsblätter« ist eine kostenlose Broschüre und unter anderem im Stadthaus Werneuchen, in den Kirchen der Gemeinde und bei verschiedenen Partnern der Region erhältlich. Außerdem wird es unter folgendem Link zum Download angeboten: www.regionalpark-barnimerfeldmark.de unter »Vereinsaktivitäten«. Für postalische Bestellungen kann der Findling Verlag in Werneuchen per E-Mail kontaktiert werden: info@findling-verlag.de.

SABINE BÜTTNER

Zum 125. Geburtstag von Max Reimann:

»Der Tag wird kommen...«

MAX REIMANN, einst Namensgeber des heute als »Brandenburgisches Viertel« bezeichneten Neubaugebiets in Eberswalde, wurde am 31. Oktober 1898 geboren. Aus diesem Anlaß erinnern wir an ihn mit dem nachfolgenden Artikel, der erstmals am 3.11.2023 in der DKP-Wochenzeitung »Unsere Zeit« erschienen ist:

Von den 65 Abgeordneten, die von den Westalliierten auserkoren waren, das Grundgesetz der späteren Bundesrepublik auszuarbeiten, waren zwei unbequeme Zeitgenossen. Es waren die Kommunisten MAX REIMANN und HUGO PAUL, Letzterer später vertreten von HEINZ RENNER, die von der KPD in das Gremium entsandt wurden.

Nur drei Jahre nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus durch die Anti-Hitler-Koalition orientieren die imperialistischen Staaten auf die Spaltung Deutschlands. Im Westen sollte ein Separatstaat gegen den Sozialismus etabliert werden. Dazu rehabilitierten vor allem die USA das deutsche Monopolkapital und griffen auf zahlreiche Funktionsträger des deutschen Faschismus zurück.

Das stellte die KPD vor eine schwierige Aufgabe. Es ging darum, sowohl für die Einheit Deutschlands zu kämpfen als auch jede Chance zu nutzen, um die Schuldigen an Faschismus und Spaltung zu entlarven und ein Höchstmaß an demokratischen Grundrechten für die arbeitenden Menschen zu erreichen. Reimann schrieb über diese Zeit:

»Zu dieser Zeit trat Adenauer als Vollstrecker der Spaltung in Aktion. Am 1. April 1948 erklärte er auf einer Vorstandssitzung der CDU, daß die deutsche Einheit vom Westen her wieder aufgebaut werden müsse (...) Das entscheidende politische Geschehen spiele sich in den Westzonen ab. Sein Plan bestand darin, den Westen Deutschlands abzuspalten, die Herrschaft der deutschen Imperialisten wiederzuerrichten, Westdeutschland wieder aufzurüsten, um im Bündnis mit den USA dann den Osten Deutschlands wiederzuerobern und Osteuropa neu zu ordnen. Ich erinnere mich noch, wie am 7. April 1948 der konservative britische Militärgouverneur Robertson jene Abgeordneten, unter denen sich auch Dr. Adenauer befand, die zur Spaltung bereit waren, mit den Worten ermunterte: Wir bieten Ihnen ... unsere Zusammenarbeit an. Lassen Sie sich von Unruhestiftern, die Kolaborateure schreiben, nicht einschüchtern. Ich wurde damals, weil ich diese nationalen Verräter als »alliiertes Hilfspersonal« bezeichnet hatte, von einem britischen Militärgericht verurteilt. Das war zu der Zeit, als der sogenannte Parlamentarische Rat, dessen Vorsitzender Dr. Adenauer war, das Grundgesetz beriet, mit dem Deutschland politisch gespalten wurde.«

Dennoch kämpften Reimann und seine Genossen für eine Erweiterung der Rechte des Volkes. Sie traten ein für die konsequente Umsetzung der bürgerlichen Rechte der Men-

schen. Sie forderten die Gleichstellung von Mann und Frau, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Mitbestimmung der Gewerkschaften, ein garantiertes Streikrecht für Arbeiter als Verfassungsgrundsatz, die Gleichstellung der Jugend, das Wahlrecht ab 18 Jahren, ein unverfälschtes Verhältniswahlrecht und nicht zuletzt die Ächtung des Krieges. Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz mit 53 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen beschlossen. Die Gegenstimmen setzten sich zusammen aus den Vertretern der KPD und den Abgesandten der CSU unter Führung von Franz Josef Strauß. Letztere begründeten ihre Ablehnung damit, daß im Grundgesetz zu viel Demokratie enthalten sei.

Reimann und Renner verweigerten ihre Unterschrift unter das Grundgesetz mit folgenden Worten: »Sie, meine Damen und Herren haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.«

Am 18. und 21. Mai 1949 ratifizierten die westdeutschen Landtage durch Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz. Eine geplante Volksabstimmung zur westdeutschen Verfassung wurde nie realisiert.

Mit der Spaltung Deutschlands verschärfte sich der Antikommunismus sowohl gegen die Sowjetmacht als auch gegen die KPD. Im Mittelpunkt des Wirkens von Max Reimann als Vorsitzender der KPD stand deshalb die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands. Das war in den Augen der KPD gleichzeitig der entscheidende Schritt zur Sicherung des Friedens in Europa. Damit eng verbunden war der Kampf gegen die Aktivitäten der Regierung und der bürgerlichen Parteien zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands... Mit der Zuspitzung der Kriegsgefahr durch den Imperialismus wurde die Situation in Westdeutschland schwieriger. 1951 wurde die FDJ wegen ihres Kampfes gegen die Wiederbewaffnung verboten. Im gleichen Jahr wurde das erneute Verbot der kommunistischen Partei im restaurierten deutschen Imperialismus beantragt. Schon 1954 wurde Reimann per Haftbefehl gesucht und mußte in die DDR fliehen. Von hier aus leitete er die Partei auch in der Illegalität weiter und kämpfte für die Aufhebung des KPD-Verbots. 1968 kehrte er in die BRD zurück. Bis zu seinem Tod 1977 war er DKP-Ehrenvorsitzender.

Randerscheinung

4. November in Bernau auf dem ehemali- gen Gelände der Bernauer Tafel. Schon wieder gibt es einen neuen ALDI, und schon wieder wird dieser j.w.d. errichtet. Die modernen Konsumtempel werden in den letzten Jahren nicht mehr in die Citys, sondern sichtbar für die preiswerte Autokundschaft hingestellt.

Was den Barnim angeht, hatte sich ALDI zunächst häufig in Ersatzbauten eingerichtet, um dann später aus frischem Gewinn reprä- sentative Einkaufshallen auf die Wiese zu set- zen. So geschah dies mit dem Bau der Filiale in der Bernauer Potsdamer Straße (Schönowe- r Gewerbepark) oder dem Ortsrandstandort in Lindenberg (an der Kreuzung der alten B2). Damit profiliert sich der Konzern konzeption- ell als Randerscheinung.

Nun wurde mir schon gesagt, dies wäre der Ersatz für den aus allen Nähten platzenden Markt in der Krokusstraße 3. Das mag sein, nur – die Kundschaft, die diesen Markt zum Platzten brachte, wohnte einfach in der Nähe. Mancher stellte noch sein Rad vorn ab, aber das wars dann meist auch schon. Der Markt kam bis zur Jahrtausendwende zu den Kun- den und zudem in die Nähe von Haltestellen des ÖPNV, wie bei der Bushaltestelle an der Grundschule im Blumenhag. Nun ist Schluß damit, denn dieser Platz-Rückzug führte ALDI ans andere Ende der Stadt.

Was ist dabei der Sinn? Der neue ALDI liegt so weit draußen am Siedlungsrand, daß dort sowohl die Plattenbauten des Puschkinviers als auch der aktuelle nächste Bus-Halte- punkt mindestens 400 Meter entfernt liegen. Der Haltepunkt Rüdritzer Chaussee ist dies- bezüglich eher ein Witz, denn lediglich ein- mal je Stunde pro Richtung frequentiert hier ein Bus nach Biesenthal – das ist keine Stadtlie- ne. Mehr geht auch nicht, denn selbst wenn

die Haltestelle direkt vor die Tür umziehen würde, führt keine andere Straße mehr zur Stadt zurück. Eben dank der äußersten Stadt- randlage des Marktes. Was bringt das also? Einen guten Einkauf für Autofahrer und re- genfeste Radler, alles in allem eine wunderba- re Idee, den innerstädtischen Verkehr bis an den Ortsrand zu beleben und – sicherlich hat sich hier mal wieder ein »Makler« sehr ver- dient gemacht, dem es gelang, das alte Pleite- grundstück aufzuschwatzen – teuer kann's ja nicht gewesen sein, wenn's für ALDI war.

THOMAS TOBLER

Tiny Forest im TGE

Eberswalde (bbp). Am 10. November gab es im Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) eine besondere Pflanzaktion. »Wir pflanzen mehr als 750 Bäume, über 100 Beeren- sträucher und wir richten eine Blühwiese ein«, hatte DANIELA WEGENER von der Innozent GmbH angekündigt. Die kreiseigene Gesell- schaft hat auf ihrem Gelände im Herzen des TGE (Alfred-Nobel-Str. 1) in Zusammenarbeit mit dem Eberswalder Verein MIYA – FACHVER- BAND ZUR FÖRDERUNG DER MIYAWAKI-METHODE E.V. einen kleinen Wald (Tiny Forest) angelegt.

Hintergrund war die Absicht der Innozent GmbH, die Freiflächen auf ihrem Gelände na- turnah zu begrünen. Neben der Verschöne- rung bei gleichzeitiger Reduzierung des regel- mäßigen Pflegeaufwandes, standen Ziele, wie mikroklimatische Verbesserungen und die dauerhafte Bindung von Kohlendioxid auf der Agenda. Außerdem dient die Fläche künftig nicht nur als Erholungsraum für die auf dem Gelände Beschäftigten, sondern auch als Pro- jektfläche für Studierende der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und steht auch für Schulpatenschaften zur Verfügung.

BBP-Bücherkiste

In der BBP-Bücherkiste Nummer 5 finden sich neben Angeboten aus den verschiedenen Nachlässen und Sammlungen wieder einige Veröffentlichungen von BBP-Autoren.

Interessenten wenden sich bitte an die Re- daktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, im- mer zusammen mit der jeweils aktuellen Bür- gerpostausgabe.

• **Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?**, Arbeiter- presse Verlags- und Vertriebsges. mbH, Essen 1990, Spende.

Trotzkis erstmals 1936 erschienene Schrift ist eine marxistische Analyse, die den Klassen- charakter und die gesellschaftlichen Grundla- gen des Stalinismus bloßlegt. Wie Trotzki da- mals voraussagte, werde die Bürokratie unwei- gerlich versuchen, sich in eine neue Kapitalistenklasse zu verwandeln...

• **Rolf Richter: Bürger – schützt eure Anlagen. Plant Eberswalde für den Klimawandel?**, BBP- Sonderausgabe, Mai 2019, 0,80 €.

Rolf Richter (1938-2014) schrieb den Text im Herbst 2011. Nachdem mehrere Versuche gescheitert waren, private Investoren für die Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße-Süd zu interessieren, sollte damals die städtische Wohnungsgesellschaft diesen Part überneh- men. Inzwischen soll wieder eine Privatgesell- schaft die »Ebertwiese« bebauen. Die Schrift von Rolf Richter ist also nach wie vor aktuell.

• **Make Rojava green again. Eine ökologische Gesellschaft im Aufbau**, mit einem Vorwort von Debbie Bookchin, Internationalistische Kommune von Rojava, Berlin 2018, Spende.

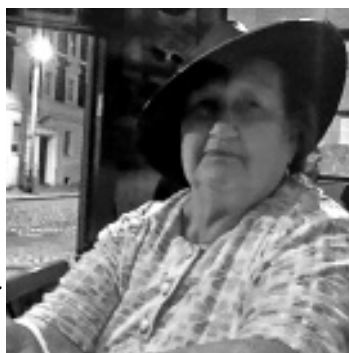
Nach dem Ausbruch des syrischen Bürger- kriegs 2011 zog sich die Staatsmacht aus dem kurdischen Siedlungsgebiet im Nordosten Sy- riens zurück. Es entstanden Selbstverwal- tungsorgane, die sich auf die Ideen des in der Türkei eingekerkerten PKK-Vorsitzenden Ab- dullah Öcalan berufen, der sich wiederum mit seinem demokratischen Konföderalismus auf den libertären Kommunalismus von Murray Bookchin (1921-2006) bezieht. International bekannt wurde die kurdische Bewegung in Ro- java im Jahr 2014 durch die Verteidigung von Kobanê gegen den damals übermächtigen Is- lamischen Staat (IS).

• **Günter Benser: Ulbricht vs. Adenauer: Zwei Staatsmänner im Vergleich**, edition ost – Spot- less, Berlin 2015, Spende.

1949 gründeten sich die BRD und die DDR. An der Spitze dieser beiden deutschen Staaten handelten der katholische Konservative Kon- rad Adenauer (1876-1967) und der Kommunist Walter Ulbricht (1893-1973). Obgleich sie ge- geneinander standen und verschiedenen In- teressen dienten, agierten sie objektiv mitein- ander und prägten die deutsche Geschichte.

Für Oma unsere MiniOma – Maria Benditz

In Sarajewo geboren,
hast nie deinen Humor verloren.
Hattest ein bewegtes Leben,
jemand wie dich, wird es nie wieder geben.
Wir waren stolz deine Enkelkinder zu sein,
denn unsere Oma hatte einen Motorradführerschein.
Bist mit deinem Motorrad sogar Rennen gefahren,
das haben wir erst vor einer Weile erfahren.
Du hast eine große Lücke hinterlassen,
daß du nicht mehr da bist, können wir noch gar nicht fassen.
Du warst immer für uns da
und warst einfach wunderbar.
Wir danken dir von ganzem Herzen
und unseres wird noch lange unter deinem Verlust schmerzen.
Wir werden immer in Liebe an dich denken
und unsere Liebe nun zum Himmel lenken.
In diesem Sinne und mit deinen Worten: »Dingsbums«.
In Liebe und in ewiger Erinnerung.



Deine Enkelkinder
NICO und SANDRA

Alaska und Robin Hood

Am Freitag, dem 24. November, läuft im Kommunalen Kino im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal, Brunoldstraße 1, der Spielfilm ALASKA - der nicht, wie man denken könnte, in Nordamerika spielt, sondern in Mecklenburg-Vorpommern. Beginn ist 19.30 Uhr und der Eintritt kostet 6 Euro.

Stoisch schwebt Kerstin in ihrem roten Kakaj über die Mecklenburgische Seenplatte. Ziellosgleitet sie zwischen Tourismus und Tristesse tagelang über das Wasser, bemüht, allein zu bleiben. Die vielen Flüsse und Seen sind ihr vertraut. Doch woher kommt sie eigentlich? Wovon ist sie auf der Flucht? Wer verfolgt sie? Die Gleichmäßigkeit dieser Reise bricht, als Alima auftaucht, die der paddelnden Einzelgängerin endlich die richtigen Fragen stellt.

Am darauffolgenden Samstag, dem 25. November, um 15 Uhr kommen die Ubs (Uckermärkischen Bühnen Schwedt) nach Joachimsthal in den Heidekrugsaal. Dieses Jahr heißt das vorweihnachtliche Kindertheaterstück "Robin Hood".

Der Sheriff von Nottingham liebt gutes Essen und das Klimpern von Münzen. Die größte Freude hat er, wenn er den Armen ihr Geld wegnehmen kann, um es bei sich aufzutürmen. Das Volk kann dabei nur tatenlos zusehen. Doch es gibt einen, der den Sheriff aufhalten kann: Robin Hood. Mit Hilfe seiner Bande, einem Bären und der mutigen Marian

stürzen sie sich in ein spannendes Abenteuer im Kampf für das Gute. Mit Humor und Gesang, Tanz und Geschick wird Menschen ab 5 Jahren eine Geschichte über Vertrauen, Freundschaft und Mut erzählt.

Karten kosten im Online-Vorverkauf 14,50 Euro für Erwachsene und 7 Euro für Kinder im Schulalter oder jünger.

RUTH BUTTERFIELD

Graffiti-Kunst

Eberswalde (prest-ew). Seit Ende Oktober ist im SparkassenFORUM (Michelisstr. 1) die 311. Ausstellung der Kleinen Galerie zu sehen. Unter dem Titel »More than words - Graffiti und was draus werden kann« werden dabei Zeichnungen, Skizzen und großformatige Graffiti des Grafikkünstlers MORE-ESF FJ AI 104 aka Mirko Fölsch präsentiert.

Der 1977 in Halle an der Saale geborene Künstler und Werbetechniker lebt heute in Petershagen/Eggersdorf bei Strausberg. Seit 1989 widmet er sich ohne Unterbrechung der Graffiti-Kunst und hat seitdem europaweit Fassaden und Fahrzeuge gestaltet. Auftragsarbeiten fertigt er seit 1993 an. Zur Vernissage sprach sein Künstlerkollege Christoph Geyer, begleitet von einer Live-Performance des Künstlers sowie einer Breakdance-Darbietung der »Eastside Fun Crew« aus Bernau.

Die Ausstellung kann bis zum 31. Januar 2024 zu den Öffnungszeiten des Sparkassen FORUMs besichtigt werden.

Galerie Fenster

In der Galerie Fenster im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde werden wir am Donnerstag, dem 30. November, um 17 Uhr unsere nächsten beiden Ausstellungen eröffnen. Wir zeigen dann mit unserer 20. und 21. Präsentation zum einen die Fotoserie »Manhattan - Straße der Jugend« von STEPHANIE STEINKOPF und zum anderen Aquarelle und Lithografien von GERHARD WIENCKOWSKI.

Stephanie Steinkopf's Serie entstand in den Jahren 2009 bis 2012 und zeigt die Bewohner von Manhattan, das sind zwei Plattenbauten im Oderbruch. Gerhard Wienckowski wurde 1935 in Fürstenwalde geboren und lebte und arbeitete seit Mitte der sechziger Jahre und bis zu seinem Tod im Jahr 2011 freischaffend in Eberswalde. Er ist eine der wichtigsten künstlerischen Nachkriegsstimmen in der Region.

Zur Eröffnung wird Silvia Fichtner zum Werk von Gerhard Wienckowski sprechen. Friedemann Matzeit spielt Saxophon.

UDO MUSZYNSKI

Erinnern und Gedenken

Mittwoch, 6. Dezember, 17 Uhr: Erinnern an der Mahn- und Gedenktafel für **Amadeu Antonio** (Eberswalder Straße 26a, Eberswalde), anschließend kleine Demonstration zum Familiengarten. 18 Uhr im dortigen Konferenzsaal: Eberswalder Impulse mit der Autorin SHARON DODUA OTOO, Musik von SAUTI É HAALA.

Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V.
Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich künde.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ☐ per Lastschrift ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift _____

☐ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)



impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 15. November 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 11. Dezember 2023.